

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

**VERBÄNDE**



Thema: Klimabedingte Migration	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

**SERVICE**

Termine	32
Impressum	32

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Draußenlernen	

**THEMEN DES MONATS**

Tierhaltung

## Bio setzt den Maßstab

**Die Biobranche stellt sich kritischen Fragen, um Spitzenreiter für artgerechte Tierhaltung zu bleiben**

Seite 2

Emissionen

## Saubere Luft für alle?

**EU, Mitgliedstaaten und Kommunen müssen mehr für die Luftreinhaltung tun**

Seite 4

Verbraucherpolitik

## Garantiert ohne gefährliche Rückstände

**Der Anbau von Bioahrung schont Boden, Wasser und Luft. Sind die Waren auch besser für die Verbraucher?**

Seite 6

Interview: Biomassepolitik

## „So schnell wachsen Pflanzen nicht“

**Für eine wirklich umweltfreundliche Biomasse müssen Menschen weniger Fleisch essen und weniger Sprit verbrauchen.**

Seite 13

## Tierhaltung

# Bio setzt den Maßstab

Die Biobranche stellt sich kritischen Fragen, um Spitzenreiter für artgerechte Tierhaltung zu bleiben

**In einem modernen Wohlfahrtsstaat gibt es keinen Grund, an der Massentierhaltung festzuhalten. Die konventionelle Tierhaltung entwickelt derzeit erste Initiativen, das Tierwohl zu verbessern. Gleichzeitig wird die artgerechteste Nutztierhaltung – Tiere in Bioställen – in der Öffentlichkeit besonders kritisch unter die Lupe genommen. Eine Einordnung aus Sicht des Ökolandbaus. ■ VON ALEXANDER GERBER, BÖLW**

Wer Qualitätsführer sein will, muss sich an diesem Anspruch messen lassen. Die entsprechenden kritischen Fragen zu stellen, ist Aufgabe der Medien. Diese neigen zwar dazu, Einzelfälle zu verallgemeinern. Auch gab es in der jüngsten Berichterstattung über die Biohühnerhaltung einzelne Beispiele für inakzeptable journalistische Methoden und fragwürdige Dramatisierungen. Dennoch haben die Verbände des ökologischen Landbaus die grundlegenden Ergebnisse der journalistischen Recherche sehr ernst genommen, den Status der Biotierhaltung selbstkritisch reflektiert und erste Konsequenzen gezogen.

Die artgerechte Tierhaltung ist ein zentrales Anliegen des ökologischen Landbaus: Um gesund zu sein und zu bleiben, und ihre natürlichen Verhaltensweisen ausleben zu können, sollen Tiere ausreichend Platz und Bewegungsraum haben – mit einer vielgestaltigen Umgebung, Tageslicht, Auslauf und Weidegang. So stehen beispielsweise einem Biomastschwein im Vergleich zur EU-Richtlinie für die konventionelle Haltung eine mindestens doppelt so große Stallfläche und zusätzlich eine Auslaufläche im Freien zur Verfügung.

Aber es geht um weit mehr als nur um den Platz im Stall und auf der Weide: Im ökologischen Landbau sind langsam wachsende Rassen und eine längere Mastdauer als bei konventioneller Tierhaltung vorgeschrieben. Auch das Futter für Biotiere muss ökologisch erzeugt sein – ohne Gentechnik, ohne Pestizide und chemisch-synthetische Düngemittel. Die Ausnahmeregelung, dass bei Hühnern und Schweinen fünf Prozent der Gesamtration aus kon-

ventionellen Eiweißträgern bestehen darf, wird Ende 2014 auslaufen.

## Hörner entfernen und Schnäbel stutzen verboten

Das systematische Durchführen schmerzhafter Eingriffe an den Nutztieren, wie Schwänze kupieren, Zähne schleifen oder Schnäbel stutzen, ist im ökologischen Landbau verboten. Eine Ausnahme bildet das Enthornen. Zwar sind auf Biobetrieben häufiger behornte Tiere anzutreffen als auf konventionellen. Aber in fast der Hälfte der Herden werden die Kühe enthornt, um gegenseitige Verletzungen oder Verletzungen des Tierhalters zu vermeiden. Lediglich beim Bioverband Demeter ist das Enthornen generell verboten. Ziel in der Ökolandwirtschaft ist es jedoch auf das Enthornen gänzlich zu verzichten. Das ist mit aufwendigeren Haltungssystemen oder genetisch hornlosen Tieren möglich.

Die Haltungsbedingungen sollen insgesamt auch dem vorbeugenden Gesundheitsschutz dienen. Der Medikamenteneinsatz ist streng begrenzt: Naturheilmittel müssen bevorzugt werden und Antibiotikabehandlungen sind auf wenige Einzelanwendungen beschränkt. Ein Antibiotikum darf nur verabreicht werden, wenn es ausschließlich um das Wohl des Tieres geht.

Die ökologische Tierhaltung setzt damit den Maßstab für artgerechte Tierhaltung, denn sie ist umfassend auf alle Lebensaspekte des Nutztiers ausgerichtet. Darin unterscheidet sie sich von anderen Initiativen der artgerechten Nutztierhaltung, wie Neuland oder dem Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes, die auf die

Haltungsbedingungen und den Ausschluss von gentechnisch verändertem Futter fokussiert sind. Was diese ausgewählten Aspekte betrifft, ist das Niveau von Neuland und der Premiumstufe des Tierschutzlabels mit dem der ökologischen Tierhaltung vergleichbar.

## Gesetze und strenge Kontrollen garantieren glückliches Tierleben

Eine weitere Besonderheit der Tierhaltung auf Biohöfen ist, dass sie gesetzlich geregelt ist und der strengsten Überwachung im Lebensmittelbereich unterliegt. Neben den üblichen Kontrollen der Veterinärämter und der Lebensmittelüberwachung werden Biobetriebe mindestens einmal im Jahr zusätzlich kontrolliert. Hinzu kommen risikoorientierte, unangekündigte Kontrollen. Betriebe mit großen Tierbeständen werden bis zu viermal jährlich kontrolliert. Entsprechen die Haltungsbedingungen nicht den strengen Anforderungen der EU-Ökoverordnung, droht den Höfen eine Aberkennung des Biostatus. Die Folge ist, dass – in der Summe über alle Betriebe hinweg – Biohöfe die Spitzenbetriebe der artgerechten Tierhaltung sind, in denen die Tiere Ökofutter bekommen, Platz und Auslauf haben, langsam gemästet werden und gesund sind.

Wie kommt es dann, dass die ökologische Nutztierhaltung immer wieder in die Kritik gerät? Auch Biotierhaltung ist nicht frei von Problemen. Das fängt damit an, dass vielfach keine geeigneten Rassen für die Bedingungen des ökologischen Landbaus zur Verfügung stehen, weil die Nutztierassen in den vergangenen Jahrzehnten einseitig auf kurzfristige Hochleistung

gezüchtet wurden. Dies führt zu zahlreichen Problemen, die sich zum Beispiel in einer verminderten Fruchtbarkeit, hoher Krankheitsanfälligkeit und einer kürzeren Lebensdauer der Tiere äußern. Eine eigene ökologische Tierzucht steht aufgrund ihres hohen Aufwands bei verhältnismäßig kleinen Tierbeständen und einer geringen Anzahl verfügbarer Tiere erst am Anfang. Die heute aufgrund gesetzlicher Vorgaben nahezu vegetarische Fütterung der Allesfresser Schwein und Huhn stellt hohe Ansprüche an die Futterrationen, die mit heimischen Eiweißpflanzen nur schwer erfüllt werden können. Weidehaltung und der stark begrenzte Medikamenteneinsatz erhöhen die Krankheitsanfälligkeit durch Parasiten.

Schließlich gibt es auch im ökologischen Landbau Entwicklungen hin zu einer „industrialisierten“ Tierhaltung. Investoren engagieren sich außer in konventionellen auch in ökologische Betriebseinheiten. Sie reizen die gesetzlichen Vorschriften aus und lassen maximal große Ställe ohne Fläche für die Futterproduktion und die Verwertung des Dungs bauen. Betreut werden diese Bestände nicht mehr von Landwirten, deren Kapital gesunde Tiere sind, sondern von oftmals zu wenigen, mangelhaft ausgebildeten Angestellten. Zusammenfassen lässt sich all dies in der Erkenntnis, dass

ökologische Tierhaltung besonders hohe Anforderungen an das Management stellt. Werden diese nicht erfüllt, führt dies zu kranken Biotierbeständen oder zu Herden, die in keinem akzeptablen Zustand sind. Die strengen Biorichtlinien allein garantieren keine gesunden Tierbestände.

### Geflügelsbestände müssen begrenzt werden – zum Wohl der Tiere

Was unternehmen die Bioverbände dagegen? Seit Langem fordern die im Dachverband Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) zusammengeschlossenen Erzeugerverbände, dass der Hof nur gesamt auf Biowirtschaft umgestellt werden darf. Für die Geflügelhaltung fordert der BÖLW deutlich strengere Vorgaben – einschließlich Bestandsobergrenzen je Betriebsstandort – in der EU-Ökoverordnung umzusetzen. Zudem hat der Dachverband Grundlagen für eine Tierwohlmanagementstrategie erarbeitet, die jetzt von einzelnen Ökoverbänden, zum Teil gemeinsam, umgesetzt wird. Dabei geht es darum, Betriebe zu identifizieren, die die Standards nicht komplett erfüllen, sie zu Managementverbesserungen zu verpflichten und diese zu überwachen.

Große Anstrengungen werden unternommen, die Züchtung und Fütterung vor-

anzubringen. Sojaanbau in Deutschland, Aminosäuren aus fermentierten Biorohstoffen oder die Züchtung von Larven sind vielversprechende Ansätze für hochwertiges Eiweißfutter. Der Ökohersteller Naturland fordert von großen Investoren oder Unternehmen, ihre Firmen innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu zerschlagen und einzelne Betriebsstandorte an bäuerliche Einzelunternehmer zu verkaufen, wenn sie weiterhin von Naturland zertifiziert werden wollen. Die Bioverbände stellen sich mit ihren Tierhaltern der Herausforderung, dass die ökologische Tierhaltung Maßstab für eine ganzheitlich artgerechte Tierhaltung bleibt.

Alexander Gerber ist seit 2003 Geschäftsführer des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, Dachverband der deutschen Erzeuger, Verarbeiter und Händler von Biolebensmitteln. Im Sommer 2013 wechselt Gerber als Vorstand zu Demeter.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 28482300  
E-Mail: info@boelw.de  
www.boelw.de



## Die Zukunft beginnt jetzt

Überall mehren sich die Anzeichen für Veränderung: Menschen produzieren ihre Lebensmittel wieder zunehmend selbst; das Privatauto befindet sich auf dem Rückzug, Radfahrer wie Fußgänger erobern die Städte zurück; weltweit boomen die Umweltechnologien, die Erneuerbaren sind auf dem Vormarsch. Das Buch zeigt auf, wie sich dieser Pfad weiterverfolgen lässt. Für alle Bereiche unseres Daseins – Mobilität, Wohnen, Energie, Ernährung, Arbeiten – werden Best-Practice-Beispiele aufgezeigt, die Lust auf eine andere Zukunft machen.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)  
**Bericht aus der Zukunft**  
Wie der grüne Wandel funktioniert

ca. 288 Seiten, Klappenbroschur, komplett in Farbe, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-416-6  
Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

## Emissionen

# Saubere Luft für alle?

EU, Mitgliedstaaten und Kommunen müssen mehr für die Luftreinhaltung tun

**EU-Umweltkommissar Janez Potočnik hat 2013 zum Jahr der Luft erklärt, auch die europäische Grüne Woche im Juni steht unter diesem Motto. Neben Lärm ist der immer noch viel zu hohe Schadstoffgehalt unserer Umgebungsluft eine der größten Herausforderungen für die europäische Umweltpolitik. Die Luftqualität in Europa muss verbessert werden, um gesundheitliche Risiken auf ein Minimum zu reduzieren. ■ VON DOROTHEE SAAR, DUH**

80 Prozent der EU-Bürger wünschen sich stärkere Anstrengungen der Politik für eine bessere Luftqualität. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der europäischen Kommission. Trotz unbestreitbarer Erfolge in der Vergangenheit gibt es schließlich jedes Jahr EU-weit noch immer etwa 400.000 vorzeitige Todesfälle als Folge von Erkrankungen, die mit der Schadstoffbelastung einhergehen. Allein in Deutschland sterben Jahr für Jahr 70.000 Menschen vorzeitig und im Durchschnitt zehn Jahre zu früh. Hauptursache hierzulande sind Abgase aus Industrie, Verkehr und Hausbränden. Auch die Landwirtschaft mit ihrem zu hohen Ausstoß an Ammoniak schadet vielen Ökosystemen und gefährdet in erheblichem Umfang auch solche Regionen, die als Natura-2000-Gebiete mit hohem Aufwand vor umweltschädlichen Eingriffen geschützt werden sollen. Das Jahr der Luft muss auf allen politischen Ebenen – nicht nur in der EU, sondern auch in ihren Mitgliedstaaten und vor Ort in den Kommunen – genutzt und mit Leben gefüllt werden, um neue Anstöße zu einer wirksamen Luftreinhaltung zu geben.

Die EU-Kommission hat sich daher vorgenommen, noch in diesem Jahr ihre Luftreinhaltestrategie zu überarbeiten und zentrale Gesetze zur Revision vorzuschlagen. Dazu zählen insbesondere die Richtlinie über Nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Directive) und die Richtlinie über Abgasstandards für mobile Maschinen und Geräte (NRMM-Directive). Die NEC-Richtlinie legt für die Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickstoffoxide (NO<sub>x</sub>), Ammoniak (NH<sub>3</sub>) und flüchtige organische Verbindungen (ohne Methan,

NMVOC) Grenzwerte fest, die seit 2010 nicht mehr überschritten werden dürfen.

## Rußpartikel: Eine besondere Belastung für Gesundheit und Klima

Luftreinhaltung, noch dazu auf EU-Ebene, ist ein weites Feld. In Deutschland wird aktuell allerdings – nicht zuletzt dank der Debatten um die Umweltzonen – in erster Linie um die Reduzierung von Feinstaub und Stickoxiden gerungen. Aus Sicht der Deutschen Umwelthilfe (DUH) ist ein Bestandteil des Feinstaubes von zentraler Bedeutung, der an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden soll: Ruß. Er entsteht bei der Verbrennung fossiler Energieträger – beispielsweise von Diesel und Benzin. Aber auch die Energiegewinnung aus Holz setzt Rußpartikel frei. Insbesondere Dieselruß ist ein äußerst gefährlicher Bestandteil der allgemeinen Feinstaubbelastung, da die bei der Verbrennung entstehenden Partikel extrem klein sind und tief in die Atemwege gelangen. Zudem ist er aufgrund der Schadstoffe, die sich auf den Rußpartikeln ablagern, krebserregend.

Weniger bekannt ist: Ruß trägt auch maßgeblich zur Klimabelastung bei. Nach CO<sub>2</sub> ist er der zweitwichtigste Treiber der Klimaerwärmung. Rußpartikel legen sich auf Eisflächen der Arktis und in anderen Gletscherregionen ab und dämpfen die Reflexion des Sonnenlichts. Das Eis erwärmt sich so schneller und schmilzt. Diese und weitere Effekte beschreibt und bekämpft das Aktionsbündnis „Rußfrei fürs Klima“. Seit fünf Jahren streiten die Verbände NABU, VCD, BUND und DUH gemeinsam mit anderen Verbänden aus ganz Europa für eine drastische Minde-

rung von Rußemissionen – zum Schutz der Gesundheit und des Klimas. Dabei ist Ruß nicht der einzige klimarelevante Luftschadstoff – zu beachten sind auch Ozon, Stickoxide, Methan und andere. Nur wenn es gelingt, neben den Anstrengungen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion auch diese Schadstoffe weitestgehend aus unserer Umwelt zu verbannen, lassen sich die Ziele im Klimaschutz erreichen.

## Luftreinhaltung ist Klimaschutz

Die Europäische Kommission, aber auch die Mitgliedstaaten, ja jede einzelne Kommune, sollte sich der Chancen bewusst sein, die eine stärkere Verzahnung von Luftreinhaltepolitik und Klimaschutz bietet. Maßnahmen, die zu einer Verringerung des Rußausstoßes führen, dienen nicht nur dem Gesundheitsschutz, sie un-

## Cleaner air for all

Jedes Jahr veranstaltet die EU-Kommission in Brüssel eine europäische Grüne Woche mit Konferenzen und Workshops. Die diesjährige Grüne Woche findet vom 2. bis zum 7. Juni unter dem Motto „Cleaner air for all“ in Brüssel statt. RegierungsvertreterInnen sowie TeilnehmerInnen aus Industrie, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Medien sind zu politischen Diskussionen eingeladen. Kernthema der Debatten sind die zukünftige Ausrichtung Luftreinhaltepolitik sowie die angekündigten Gesetzesänderungen.

► [greenweek2013.eu](http://greenweek2013.eu)

terstützen gleichzeitig den Kampf gegen den Klimawandel. Es kommt also darauf an, diese beiden Bereiche, ihre Strategien, Forschungsbemühungen, aber auch die eingesetzten Fördergelder zur Umsetzung von Maßnahmen besser als bislang aufeinander abzustimmen und zu ergänzen. Einen ersten Schritt in diese Richtung ist die DUH gemeinsam mit ihren europäischen Partnerverbänden zum Auftakt des Jahres der Luft in Brüssel gegangen: Anlässlich der viel beachteten Konferenz „Clean Air Everywhere“ haben sich Umweltkommissar Janez Potočnik und Klimakommissarin Connie Hedegaard im Januar gleichermaßen dezidiert für eine stärkere Verzahnung ihrer Politikfelder ausgesprochen.

Die anstehende Überarbeitung und Weiterentwicklung der europäischen Gesetzgebung zur Luftreinhaltepolitik birgt die Chance, die bestehenden Herausforderungen künftig besser meistern zu können. In die NEC-Richtlinie müssen weitere Schadstoffe, insbesondere Ruß, aufgenommen werden, um zielgerichtete Maßnahmen besser ableiten zu können. Auch die Richtlinie über die Qualität der Luft, die Grenzwerte für die Belastung mit Feinstaub und Stickstoffdioxid festlegt, wird derzeit diskutiert. Sie wird allerdings voraussichtlich erst 2014 zur Revision anstehen.

### Strengere Regeln für eine bessere Gesundheit

Inzwischen ist bekannt, dass insbesondere die ultrafeinen, also extrem kleinen Feinstaubartikel gesundheitsschädlich sind, da sie tief in die Lunge und direkt in die Blutgefäße eindringen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen verursachen und das Risiko von Infarkten erhöhen. Daher ist es geboten, diese ultrafeinen Teilchen bei den Messungen der Luftqualität gezielt zu erfassen. Bislang ist das nicht der Fall. Auch wenn die Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen hierfür noch auf sich warten lässt, gilt es europaweit die Verfahren zum Messen der Luftgüte und zur Zuordnung der Schadstoffe zu den einzelnen Quellen zu verbessern. Hier besteht insbesondere in den osteuropäischen Ländern noch Nachholbedarf, auch bezüglich der Zugänglich-

keit der erhobenen Daten für die Öffentlichkeit. Darüber hinaus muss die EU die Abgasstandards für die überwiegend mit Diesel betriebenen mobilen Maschinen und Geräte so verschärfen, dass die Abgasreinigung künftig wirksam ist – allen voran, um die Gesundheit der Menschen, die täglich mit diesen Maschinen arbeiten, besser zu schützen.

### Mehr als ein notwendiges Übel

Auch die EU-Mitgliedstaaten müssen das Jahr der Luft nutzen, um die Gesundheit der BürgerInnen besser zu schützen. Die nationale Gesetzgebung muss sich stets am Stand der Technik der Abgasreinigung orientieren. Zum Beispiel sollten Partikelfilter für Baumaschinen nicht nur in geschlossenen Räumen, sondern generell gesetzliche Pflicht sein. Entsprechende Nachrüstprogramme unterstützen nicht nur die Bemühungen von Kommunen, mithilfe von Umweltzonen die Luftqualität in den Städten zu verbessern und so den gesetzlichen Vorgaben Rechnung zu tragen, sie bringen darüber hinaus auch ökonomischen Nutzen für mittelständische Unternehmen, die ihre Technologie weiterentwickeln und qualifizierte Arbeitsplätze bereitstellen.

Nicht zuletzt sollten Kommunen das Jahr der Luft nutzen, um die von ihnen geplanten und umgesetzten Maßnahmen nicht länger nur als notwendiges Übel zu kommunizieren, sondern die Verbesserung der Luft als das zu propagieren, was sie im Ergebnis ist: aktiver Gesundheitsschutz und eine Verbesserung der Lebensqualität für alle.

#### Anmerkung

► [www.russfrei-fuers-klima.de](http://www.russfrei-fuers-klima.de)

Die Landschaftsplanerin Dorothee Saar leitet seit 2011 den Bereich Verkehr und Luftreinhaltung der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Sie ist Ansprechpartnerin der DUH im Aktionsbündnis „Rußfrei fürs Klima“.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 24006772  
E-Mail: [saar@duh.de](mailto:saar@duh.de),  
[www.duh.de](http://www.duh.de)



## Abschied von einer Risikotechnologie

Wer geglaubt hat, mit dem Ausstieg sei das Kapitel Kernenergie beendet, irrt. Der Rückbau der deutschen Atommeiler wird nicht nur »Jahrzehnte dauern, sondern auch Milliarden verschlingen« (Die Welt). Wie hat es überhaupt zum Aufstieg der Atomenergie kommen können? Der Historiker Joachim Radkau und der Insider Lothar Hahn beleuchten eine von illusionärem Optimismus und vielfältigen Machtinteressen geprägte Epoche und zeigen, wie die Verheißungen der Technik blind machen für ihre Risiken. Ein gesellschaftliches Lehrstück – auch und gerade für die jetzt eingeleitete Energiewende.

### J. Radkau, L. Hahn Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft

416 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-315-2



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)





## Verbraucherpolitik

# Garantiert ohne gefährliche Rückstände

Der Anbau von Bioahrung schont Boden, Wasser und Luft. Sind die Waren auch besser für die Verbraucher?

**Etwa 74 Euro gibt jeder Deutsche durchschnittlich pro Jahr für ökologisch erzeugte Lebensmittel aus. Im europäischen Schnitt sind es 28 Euro. Die Biobranche konnte in den vergangenen sieben Jahren ihren Umsatz um 30 Prozent steigern. Die Nachfrage ist größer als das Angebot. Konsens besteht über den positiven Umwelteffekt des Ökolandbaus. Umstritten ist aber, ob Bioahrung tatsächlich gesünder ist als konventionelle. ■ VON SUSANNE AIGNER, DEH**

Bio ist gesund, heißt es. Doch wie viel weniger gesund ist konventionelle Nahrung? Gibt es überhaupt noch schadstofffreie Lebensmittel in einer Zivilisation, die permanent Abgase aus Autos, Fabriken, Flugzeugen emittiert und Antibiotika, Medikamente, Nitrate ins Grundwasser spült? Chemikalien, die im Alltag verwendet werden, lösen sich nicht in Luft auf. Sie durchwandern Nahrungskreisläufe und lagern sich in Organismen an. Oft dauert es Jahrzehnte, bis sie sich zersetzt haben. Auch ein Biobauer kann nicht garantieren, dass er unbelastete Nahrungsmittel erzeugt, wenn Verunreinigungen vom konventionellen Feld herüberwehen.

2006 wies Greenpeace in rund 81 Prozent der konventionellen Frischware Pestizide nach. Die Belastung lag bei durchschnittlich 0,84 Milligramm pro Kilogramm (mg/kg). 87 Prozent der Bioproben waren mit 0,01 mg/kg nahezu pestizidfrei. Laut einer Untersuchung der Stiftung Warentest von 2010 sind in 75 Prozent des Bioobstes und -gemüses seit 2002 keine Pestizide mehr nachgewiesen worden, aber nur bei 16 Prozent der konventionellen Ware.<sup>(1)</sup> Biovollmilch und Biowürzöle schnitten am besten ab, während Bioolivenöle unterschiedlich stark belastet waren. Die 400 in der EU zugelassenen Pestizide seien nicht gesundheitsgefährdend, 91 Prozent davon lagen unter den zulässigen Grenzwerten, hieß es weiter.

Bis 2008 hatte jedes EU-Land seine eigenen Grenzwerte, danach wurden sie in allen Mitgliedstaaten erhöht. Fast 700 der EU-weiten Obergrenzen für Pestizide in Obst und Gemüse waren zu hoch. Bei 570 Höchstwerten war nach Angaben

der österreichischen Umweltorganisation Global 2000 die akute Referenzdosis für Kinder überschritten, insbesondere bei Äpfeln, Birnen und Trauben. Umweltorganisationen warnen seit Langem vor der Langzeitwirkung von Pestizidcocktails im menschlichen Organismus. Die Zeitschrift Ökotest veröffentlichte im Februar 2013 die Ergebnisse einer Analyse konventionellen deutschen Salats. Von 30 untersuchten Proben hatten neun nachweislich erhöhte Pestizidwerte.<sup>(2)</sup> Der Wintersalat war wegen übermäßiger Düngergaben im Treibhaus stark mit Nitrat belastet. Nimmt der Körper zu viel Nitrat auf, bilden sich die krebserregenden Nitrosamine. Pestizide beeinträchtigen die Fruchtbarkeit und Fortpflanzungsfähigkeit derjenigen, die mit ihnen in Kontakt kommen. So bringen Frauen, die ständig mit den Giften hantieren, häufig missgebildete Kinder zur Welt.

### Pestizidspuren in Gemüse und Gewürzen

Eine US-Studie verweist zum Beispiel auf den steigenden Verbrauch von Glyphosat zwischen 1996 und 2011.<sup>(3)</sup> Der erbgutschädigende Wirkstoff ist das mit am meisten verkaufte Herbizid – allein in Deutschland sind es rund 15.000 Tonnen im Jahr. So treten in Ländern, in denen viel Glyphosat ausgebracht wird, besonders häufig Missbildungen bei Kindern auf. Das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Stuttgart (CVUA) fand Glyphosatspuren in zwei von 127 Lebensmittelproben. Die 37 Proben von ökologisch erzeugter Nahrung waren völlig glyphosattfrei.

Ein Wirkstoff, der das Pflanzenwachstum steuert und die Fruchtreife beschleunigt, ist Ethephon. Es ruft Reizungen auf

Haut und Schleimhäuten hervor und wirkt in großen Mengen als Nervengift. Greenpeace maß in Paprika Ethephonwerte weit über dem erlaubten Grenzwert. Auch das CVUA entdeckte Spuren davon in Paprika.<sup>(4)</sup> Greenpeace wies zudem in einem Glas Paprikagewürz bis zu 22 Pestizide nach. Rückstände enthielten auch Petersilie und Dill.

### Gifte im Wein

Das Insektizid Chlorpyrifos wird im Obst- und Weinbau zur Schädlingsbekämpfung eingesetzt. Die Grenzwerte reichen nicht annähernd aus, um Menschen, die damit in Kontakt kommen, vor Vergiftung zu schützen. Das Insektengift schädigt nachhaltig die Gehirne von Ungeborenen sowie Schwangere und Kleinkinder. Der zur Pilzbekämpfung eingesetzte Schwefel wird im europäischen Weinbau immer öfter durch Pestizide ersetzt. So stieg von 1993 bis 2003 der Verbrauch von synthetischen Fungiziden um 22 Prozent. Gleichzeitig nahm der Einsatz von Cyprodinil, Fenarimol und Pyrimethanil um das Dreißigfache zu. 94 Prozent der Substanzen waren synthetische Fungizide.

2003 fand man in mehr als der Hälfte von über 2.000 Traubenproben mindestens ein Pestizid. Im vergangenen Jahr wies das CVUA bei fast allen Proben konventioneller Tafeltrauben Pestizidrückstände nach. 89 Prozent davon enthielten mehrere Wirkstoffe in einer Probe. Teilweise waren die Wirkstoffe gar nicht zugelassen. Von 26 Proben getesteter Ökotrauben enthielten lediglich elf Spuren von Pflanzengift, sieben davon das im EU-Ökolandbau erlaubte Spinosad.

Im Jahr 2001 legte der Bundesverband Naturkost, Naturwaren und Handel (BNN) den Orientierungswert von 0,01 mg/kg je Substanz fest. Wird ein Wert gemessen, der darüber liegt, hat der Erzeuger zu klären, woher die Pestizide stammen. Nur wenn die Bioverordnung korrekt befolgt wird, kommt die Ware in den Handel. Pestizidrückstände können durch Abdrift, also Verwehung, vom benachbarten Feld oder durch Eintrag von Giftstoffen über die Bewässerung des Bodens in die darauf folgende Bioernte gelangen. Laut einer Schweizer Studie kann Wein beim Abpacken oder Transport kontaminiert werden, oder durch Reste im Filter beziehungsweise im Schlauch.<sup>(5)</sup> Drei bis vier Restfungizide im Biowein seien keine Seltenheit. Langlebige Wirkstoffe wie Cyprodinil und Fludioxonil, die unterhalb des Toleranzwertes von 200 Mikrogramm pro Kilogramm ( $\mu\text{g}/\text{kg}$ ) nachgewiesen wurden, würden zudem nur sehr langsam abgebaut. Das CVUA ermittelte bei konventionellem Obst im Schnitt 400  $\mu\text{g}/\text{kg}$  und bei Gemüse 500  $\mu\text{g}/\text{kg}$  Pestizide.

### Woher kommen die hohen Pestizidwerte in Lebensmitteln?

Eine Antwort darauf gibt es in der Broschüre des Pflanzenschutzdienstes.<sup>(6)</sup> Sie listet seitenweise Pestizide zur Bekämpfung von Kräutern, Pilzen und Insekten auf, darunter auch Glyphosat. Diese Pestizide sind legal. Mit den illegalen wird in nahezu allen EU-Ländern gehandelt. So war jedes zehnte Pestizid verboten, das Greenpeace 2008 in deutschem Obst, Gemüse und Getreide nachgewiesen hatte. 59 der illegalen Substanzen sind in Deutschland verboten, 21 EU-weit. Eines dieser Gifte ist Ethylmethansulfonat (EMS) – es löst Veränderungen im Erbgut aus und gilt als krebserregend.

Ein weiteres Problem in Nahrungsmitteln sind Schimmelpilze. Diese schwächen das Immunsystem, stören die Blutgerinnung und schädigen Leber und Nieren. Trotz des Einsatzes von Fungiziden im konventionellen Getreidebau ist der Befall mit Pilzen dort nicht geringer. Auch hier schnitten in zahlreichen Untersuchungen

Bioproben besser ab als herkömmliche Produkte.

### Auf den Dünger kommt es an

Bio steht nicht nur für Beikrautregulierung ohne Chemie, sondern auch für organische Düngung mit weiten Fruchtfolgen. Das wirkt sich auf die Inhaltsstoffe aus. Einige Studien – ausgewertet vom Forschungsinstitut Biologischer Landbau (FiBL) – bescheinigten Bioprodukten mehr Mineralstoffe, bessere Proteinqualität und einen höheren Vitamingehalt, insbesondere Vitamin C, sowie mehr antioxidative, immunsystemstärkende, entzündungshemmende und krebsvorbeugende sekundäre Pflanzenstoffe.<sup>(7)</sup>

Der Proteingehalt im Weizen nimmt durch intensive Düngung zu. So enthielt Bioweizen zwar weniger und qualitativ geringeres Protein, was sich negativ auf die Backqualität auswirkt, doch durch entsprechende Sortenwahl ausgeglichen werden kann. Der um bis zu 20 Prozent höhere Trockensubstanzgehalt in biologisch erzeugtem Blatt-, Wurzel- und Knollengemüse sorgt dem FiBL zufolge für einen intensiveren Geschmack. Eine andere Studie bescheinigte Bioäpfeln einen höheren Phosphor- und Phenolgehalt, mehr Fruchtfleischfestigkeit und Nahrungsfasern sowie bis zu 65 Prozent mehr Vitalqualität, also auch einen ernährungsphysiologisch höheren Nutzen.<sup>(8)</sup>

### Stanfordstudie in der Kritik

Im September 2012 schlug eine Metastudie der Universität Stanford/USA hohe Wellen. Die Forscherinnen und Forscher untersuchten 223 Studien genauer, in denen Nährstoffgehalte und die Belastung mit Bakterien, Pilzen oder Pestiziden miteinander verglichen worden waren. In 17 Studien wurden Personengruppen mit unterschiedlicher Ernährungsweise untersucht.

Es gebe keinen Unterschied zwischen bio und konventionell, was die gesundheitliche Wirkung betrifft, hieß es. Umweltverbände und ökologische Erzeugergemeinschaften kritisierten unter

anderem, dass die Metastudie nicht berücksichtigt habe, dass die ökologische Bewirtschaftung auch den Boden und das Wasser schont. Hingegen bescheinigt auch die Stanfordstudie Biolebensmitteln eine geringere Schadstoffbelastung. Organische Düngung erhöhe die gesundheitsrelevanten Abwehrstoffe sowie den Phosphorgehalt. Raufutter bei Milchkühen verbessere die gesundheitsfördernden Fettsäuren in der Milch. Biomilch enthielte wegen der raufaserreichen Fütterung mehr Omega-3-Fettsäure, Vaccensäure sowie gesundheitsfördernde Fettsäuren.

Bionahrungsmittel sind insgesamt weniger belastet als konventionelle. Wenn auch nicht alle eingebrachten Stoffe der Gesundheit schaden – sie summieren sich mit anderen Umwelteinträgen zu einem riskanten Mix. Um unbelastete ökologische Lebensmittel erzeugen zu können, muss der Eintrag an Schadstoffen insgesamt drastisch sinken.

### Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ (1) Der Biocheck. In: Test 6/2010
- ▶ (2) Ökotest 22.2.2013
- ▶ (3) US-Studie: [www.kurzlink.de/glyphosatstudie2012](http://www.kurzlink.de/glyphosatstudie2012)
- ▶ (4) CVUA-Studie: [www.kurzlink.de/cvua-studie-etheph11](http://www.kurzlink.de/cvua-studie-etheph11)
- ▶ (5) Schweizer Studie zu Biowein: [www.kurzlink.de/weinstudie-schweiz07](http://www.kurzlink.de/weinstudie-schweiz07)
- ▶ (6) Broschüre Pflanzenschutzdienst: [www.kurzlink.de/pflanzenschutz2010](http://www.kurzlink.de/pflanzenschutz2010)
- ▶ (7) FiBL-Dossier: [www.kurzlink.de/fibl-dossier-bio2006](http://www.kurzlink.de/fibl-dossier-bio2006)
- ▶ (8) Ökologie & Landbau 117, 1/2001

Die Diplomagraringenieurin Susanne Aigner schreibt für das Redaktionsbüro Biosicht und arbeitet unter anderem für die Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen (GEH).

Kontakt:  
Tel. +49 (0)5542 /  
3039151,  
E-Mail: [sai@biosicht.de](mailto:sai@biosicht.de),  
[www.biosicht-redaktionsbuero.de](http://www.biosicht-redaktionsbuero.de)



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Abfallreduzierung**Kroatien wird Ziel kaum erreichen**

■ Bis Ende 2013 soll das künftige EU-Mitglied Kroatien die Deponierung von biologisch abbaubaren Abfällen um 75 Prozent im Vergleich zu 1997 verringern. Nach derzeitigem Stand ist das Erreichen dieses Ziels aber unmöglich, meldete der Informationsdienst ENDS Ende April unter Berufung auf einen Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA).

Seit 1997 sind die Abfallmengen in den kroatischen Mülldeponien immer weiter angestiegen. 2010 wurden rund eine Million Tonnen biologisch abbaubarer Abfall auf Deponien abgelagert, Ende des Jahres sollen es nur noch 190.000 Tonnen sein. Bis 2018 hat Kroatien Zeit, die EU-Abfallrahmenrichtlinie umzusetzen. Bis dahin, so die EEA, müsse Kroatien aber noch weiter in die Sanierung von Deponien, den Bau von Kompostanlagen, den Ausbau der Mülltrennung und die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung investieren. [dh]

- ▶ [www.kurzlink.de/eu-abfalldeponienrl](http://www.kurzlink.de/eu-abfalldeponienrl)
- ▶ [www.kurzlink.de/eea-waste-croatia](http://www.kurzlink.de/eea-waste-croatia)

Schiffsabwrackung**Doch kein neuer EU-Fonds?**

■ Damit Firmen künftig keinen finanziellen Anreiz mehr haben, alte Schiffe illegal, aber günstig in Entwicklungsländern zu entsorgen, hatte der schwedische EU-Abgeordnete Carl Schlyter die Gründung eines entsprechenden Fonds vorgeschlagen. Das EU-Parlament erteilte dem Vorhaben Ende April aber eine Absage.

Mit dem Fonds wollte Schlyter den Verordnungsvorschlag der EU-Kommission für eine bessere Regulierung des Schiffsrecyclings ergänzen und war damit im Umweltausschuss auch auf Zustimmung

gestoßen. Der Fonds soll aus Abgaben der Schiffsunternehmen gespeist werden und nur denjenigen zur Verfügung stehen, die mindestens zwei Mal eingezahlt haben. Schlyter forderte in seinem Bericht außerdem schärfere Sanktionsmechanismen und die Erstellung einer Liste von Anlagen, in denen Schiffe entsorgt werden dürfen.

Während die Idee eines Fonds im Parlament keine Mehrheit fand, stimmten die Europaabgeordneten den weiteren Ergänzungen zum Kommissionsvorschlag allerdings zu und beauftragten Berichterstatter Schlyter, Verhandlungen mit dem Ministerrat aufzunehmen. [dh]

- ▶ [ec.europa.eu/environment/waste/ships](http://ec.europa.eu/environment/waste/ships)

Organische Schadstoffe**Weltweites Verbot von HBCD**

■ Das Flammschutzmittel HBCD (Hexabromcyclododecan) darf künftig nicht mehr hergestellt und verwendet werden. Das wurde auf den UN-Chemikalienkonferenzen Anfang Mai in Genf beschlossen. Mit der Aufnahme von HBCD in die Stockholmer Konvention über langlebige organische Schadstoffe (POPs) ist das weltweite Verbot im Mai mit einer Übergangsfrist von einem Jahr in Kraft getreten.

Ausnahmeregelungen gibt es für Dämmplatten, für die HBCD hauptsächlich verwendet wird. In der EU soll eine Übergangsphase bis August 2015 helfen, ausreichende Mengen von Ersatzstoffen herzustellen. Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes, begrüßte die Entscheidung und empfahl, zur alternativen Wärmedämmung Mineralwolle zu verwenden.

Das Flammschutzmittel HBCD kann Fortpflanzungsschäden verursachen, lagert sich in der Umwelt und in Organismen an und ist schwer abbaubar. Das Umweltgift ist die 23. Substanz, die unter das Verbot des Anhangs A der Konvention fällt. Die Stockholmer Konvention ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag zwischen 178 Staaten, der Regelungen zu langlebigen organischen Stoffen trifft, die gefährlich für Mensch und Umwelt sind.

Während der Genfer Konferenztage wurden darüber hinaus weitere Einigungen zu gefährlichen Chemikalien und Abfällen erzielt. In das Rotterdamer Übereinkommen zur Chemikaliensicherheit im internationalen Handel wurden vier neue Substanzen, darunter das Pestizid Azinphosmethyl, aufgenommen. Die Unterzeichnerstaaten der Basler Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung beschlossen eine einheitliche umweltgerechte Abfallbewirtschaftung. [es]

- ▶ [www.pops.int](http://www.pops.int)
- ▶ [www.kurzlink.de/uba-HBCD](http://www.kurzlink.de/uba-HBCD)

Endokrine Disruptoren**EU-Kommission muss handeln**

■ In einem offenen Brief an EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Industriekommissar Antonio Tajani, Umweltkommissar Janez Potočnik sowie Gesundheits- und Verbraucherschutzkommissar Tonio Borg haben 20 europäische Umwelt- und Gesundheitsorganisationen Anfang Mai gefordert, die Nutzung endokriner Disruptoren (EDC) einzuschränken.

Die Nichtregierungsorganisationen appellierten an die Kommissare, die eindeutigen Beweise für die Gefährlichkeit von endokrin wirksamen Substanzen anzuerkennen und politische Maßnahmen zu ergreifen, die den aktuellen Wissensstand widerspiegeln. Gesundheits- und Umweltschutz dürfe nicht länger durch die unverhältnismäßige Bevorzugung von Unternehmen untergraben werden, so die NGOs. Sie fordern die Einführung umfassender und praktikabler Kriterien zur Identifizierung von EDC, eine EU-Strategie über den Umgang mit hormonell wirksamen Substanzen sowie die Nutzung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse für deren Überprüfung im REACH-Zulassungsverfahren. Ende Juni will die EU-Kommission ein Paket mit verschiedenen Gesetzesinitiativen zu endokrinen Disruptoren vorstellen. [dh]

- ▶ [www.kurzlink.de/ngo-edc-letter052013](http://www.kurzlink.de/ngo-edc-letter052013)



Kältemittel**Keine neuen Tierversuche**

■ 2011 hatte die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) den Chemiekonzern Honeywell aufgefordert, neue Tierversuche durchzuführen, um die toxikologische Sicherheit des Kältemittels HFO-1234yf (2,3,3,3-Tetrafluorpropen) bewerten zu können. Diesen Vorstoß muss die ECHA jetzt zurücknehmen. Die Widerspruchskammer der Behörde sah in einem Urteil Ende April keine Notwendigkeit für neue Tests.

Nachdem bei einem ersten toxikologischen Tierversuch einige Tiere gestorben waren, hatte die ECHA von Hersteller Honeywell einen 90-Tage-Inhalationstest mit Kaninchen gefordert. Dieser soll die sogenannte subchronische Toxizität des Kältemittels ermitteln, also die schädigende Wirkung, die bei einer wiederholten täglichen Inhalation auftritt. Die Widerspruchskammer der EU-Behörde nahm diese Entscheidung nun zurück, zumal laut der EU-Chemikalienverordnung (REACH) Tierversuche nur als letztes Mittel durchgeführt werden dürfen.

HFO-1234yf gilt als eine umweltfreundlichere Alternative zu anderen Kältemitteln mit deutlich höheren Treibhausgasemissionen. Allerdings wird das Gas-Luft-Gemisch als hochentzündlich eingestuft und ist auch wegen des Ver-

brennungsprodukts Fluorwasserstoff sehr umstritten. **[dh]**

- ▶ [www.kurzlink.de/echa-decis-hfo1234yf](http://www.kurzlink.de/echa-decis-hfo1234yf)
- ▶ [echa.europa.eu/regulations/appeals](http://echa.europa.eu/regulations/appeals)

Nanotechnologie**REACH-Integration gut für Umwelt und Gesundheit**

■ Bislang greift die europäische Chemikalienverordnung REACH nur selten für Nanomaterialien. Dabei könnte sich deren Einbeziehung positiv auf Gesundheit, Umwelt und Gesellschaft auswirken. Das ist das Ergebnis einer vergangene Woche im Auftrag der EU-Kommission veröffentlichten Studie.

2010 hatte die EU-Kommission ein Projekt zur wissenschaftlichen und technischen Unterstützung für die Bewertung von Nanomaterialien unter REACH gestartet. Der aktuelle Bericht untersucht nun die Folgen einer Einbeziehung von Nanomaterialien in REACH für Unternehmen, Verbraucher, Gesundheit und Umwelt.

Die Bewertung fällt eindeutig aus: Zwar bedeuteten verschärfte Regeln Umsetzungskosten in Höhe von elf bis 73 Millionen Euro für die betroffenen Konzerne, gleichzeitig

brächten die Änderungen aber enorme Verbesserungen für Gesundheit und Umwelt. Durch verbessertes Wissen über schädliche Auswirkungen der Nanotechnologie könnte in Risikofällen schnell und angemessen reagiert werden. Darüber hinaus könnte die REACH-Integration von Nanomaterialien bis 2042 den Gesundheitssektor um bis zu 165 Millionen Euro entlasten.

Noch Ende Mai möchte die EU-Kommission eine weitere Folgenabschätzung starten und damit das Verfahren für neue politische Maßnahmen einleiten. **[dh]**

- ▶ Folgenabschätzung: [ec.europa.eu/environment/chemicals/nanotech/pdf/Final\\_Report.pdf](http://ec.europa.eu/environment/chemicals/nanotech/pdf/Final_Report.pdf)
- ▶ Mögliche REACH-Änderungen: [ec.europa.eu/environment/chemicals/nanotech/pdf/jrc\\_report.pdf](http://ec.europa.eu/environment/chemicals/nanotech/pdf/jrc_report.pdf)

Treibhausgasemissionen**UN zahlt China 385 Millionen für den Stopp von H-FCKW**

■ China hat sich zum Produktionsstopp von teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen (H-FCKW) bis zum Jahr 2030 verpflichtet. Die Vereinten Nationen stellen dafür aus dem Fonds zur Umsetzung des Montreal-Protokolls über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, insge-

# UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN  
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und  
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen  
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.  
MIT PEER REVIEW

Sichern Sie sich Ihr Probeabo! Zwei Ausgaben für  
nur 29,50 Euro statt 53,60 Euro!

Bestellung an [abo@oekom.de](mailto:abo@oekom.de) / [www.oekom.de/gaia](http://www.oekom.de/gaia)



GAIA

ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR  
WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT  
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR  
SCIENCE AND SOCIETY  
1 | 2013

- SUSTAINABILITY OF FOREST CERTIFICATION
- REFORM DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK
- WERTSCHÖPFUNG DURCH ERNEUERBARE ENERGIEN

oekom verlag

samt 385 Millionen US-Dollar bereit – die größte Fördersumme seit Unterzeichnung des Vertrages. China muss im Gegenzug in diesem Jahr die H-FCKW-Produktion einfrieren, die Emissionen bis 2015 um zehn Prozent senken und darf 2030 keine Fluorchlorkohlenwasserstoffe mehr ausstoßen.

Diese Maßnahmen sollen zu einer Reduktion von 4,3 Millionen Tonnen H-FCKW oder umgerechnet acht Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> führen. China ist aktuell mit einem Anteil von 92 Prozent der größte H-FCKW-Produzent weltweit. H-FCKW wird in der Herstellung von Kühlschränken, Sprays und Klimaanlage verwendet. Die Gase zerstören die Ozonschicht, außerdem bilden sich bei der Produktion Kohlenwasserstoffe, die etwa um das 15.000-Fache stärker auf die Atmosphäre wirken als CO<sub>2</sub>. [es]

- ▶ PM des Fonds des Montreal-Protokolls:  
[www.kurzlink.de/PM-Fonds](http://www.kurzlink.de/PM-Fonds)
- ▶ [www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/13551](http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/13551)

#### Ammoniakemissionen

### Grenzwert überschritten

■ Böden und Grundwasser werden wegen Ammoniakemissionen immer stärker verunreinigt. 563 Kilotonnen der gasförmigen Stickstoffverbindung gelangten 2011 in die Umwelt, wie die Bundesregierung in einer Antwort an die Grünen mitteilte. Das sind elf Kilotonnen mehr als im Vorjahr und 13 Kilotonnen über der europäischen Richtlinie der nationalen Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie). Nach dieser Obergrenze hatte sich Deutschland im Jahr 2010 dazu verpflichtet, die Ammoniakemissionen unter 550 Kilotonnen zu halten.

Besonders in Regionen mit intensiver Landwirtschaft, wie in Ostdeutschland, ist das Grundwasser so verschmutzt, dass es sich nicht mehr zum Trinken eignet. Das Agrarwesen und besonders die Tierhaltung verursachen mit einem Anteil von 95 Prozent die meisten Ammoniakemissionen. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/uba-Ammoniak](http://www.kurzlink.de/uba-Ammoniak)
- ▶ [www.kurzlink.de/spiegel-ammoniak](http://www.kurzlink.de/spiegel-ammoniak)

#### GLOBALISIERUNG & EINE WELT

#### Welternährung

### Klimawandel gefährdet Ernährungssicherheit

■ Im Rahmen von zwei Konferenzen zu Hunger, Ernährung und Klimaproblemen im irischen Dublin Mitte April schlugen Wissenschaftler Alarm: Studien zeigen, dass der Klimawandel die Ernährungssicherheit der Ärmsten zunehmend bedroht.

Prognosen zufolge werden 2050 fast zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben. Besonders Entwicklungsländer seien vom massiven Bevölkerungswachstum betroffen. Im gleichen Zeitraum werden sich voraussichtlich die Grundnahrungsmittelpreise verdoppeln und die mit dem Klimawandel verbundenen Wetterextreme werden die globale Nahrungsmittelproduktion noch zusätzlich erheblich beeinträchtigen. Besonders für die Menschen in Afrika und Asien bedeutet das eine Zunahme von Hungerkatastrophen. Schon heute sind weltweit eine Milliarde Menschen unterernährt. Experten halten es für besonders besorgniserregend, dass die Ärmsten kaum Anpassungsmöglichkeiten haben und deswegen am meisten unter dem Klimawandel leiden werden. [hk]

- ▶ [www.kurzlink.de/welternaeh-spon04.13](http://www.kurzlink.de/welternaeh-spon04.13)

#### Fracking in Mexiko

### Erdgas statt Trinkwasser?

■ Die staatliche Ölfirma Pemex will Schiefergasvorkommen in Mexiko fördern. Die umstrittene Frackingmethode ist in Mexiko besonders brisant: Die Ressource Wasser ist knapp. Für ein Feld mit zehn Bohrbrunnen würden nach Schätzung der staatlichen Regulierungskommission für Energie bis zu 40 Millionen Liter Wasser benötigt. Die anhaltende Dürre im vergangenen Jahr verursachte bereits verheerende Auswirkungen für Land- und Viehwirtschaft. „Woher sollen

wir also Wasser nehmen, um Schiefergas zu fördern?“, fragt Miriam Grunstein vom mexikanischen Forschungs- und Lehrzentrum für Wirtschaft.

Bevor Unternehmen mit der Förderung beginnen können, legt die Kommission Handlungsrichtlinien für fossile Brennstoffe fest. Als Modell könnte das Zentrum für nachhaltige Entwicklung von Schiefergas in den USA dienen, das bereits 15 Standards gegen die Luft- und Wasserverschmutzung erarbeitet hat. Mexikanischen Wissenschaftlern reicht das nicht. Sie fordern, vorab eine Reihe von Umweltverträglichkeitsstudien durchzuführen. Pemex beabsichtigt, bis 2016 20 Bohrbrunnen anzulegen und dafür zwei Milliarden Dollar zu investieren. Bis 2050 sollen 6.500 Bohrbrunnen entstehen. [es]

- ▶ [www.eia.gov](http://www.eia.gov)
- ▶ [www.ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=102703](http://www.ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=102703)

#### Erdbeben

### Kraft der Wassermassen

■ Anlässlich eines Erdbebens in der chinesischen Provinz Sichuan Ende April hat das Nachrichtenportal Spiegel Online (SPON) über die Warnungen von Forschern vor den Wasserlasten der Stauseen berichtet. Bei dem Beben waren 188 Menschen gestorben, 11.500 sollen verletzt worden sein.

Der Erdbebenforscher Fan Xiao macht in einem Aufsatz das schnelle Wirtschaftswachstum und die dafür benötigte Energie für viele Erdbeben verantwortlich. Seiner Meinung nach könnte die Wasserlast der vielen Stauseen Erdbeben auslösen. Bereits vor dem Erbeben im April habe man jahrelang zahlreiche kleine Beben in der Umgebung des Pubugou-Damms registriert. Kritisch sei auch, dass der Stausee des noch nicht fertiggestellten Xiangjia-Damms schneller mit Wasser aufgefüllt worden ist als sonst üblich. Darüber hinaus zeige eine aktuelle Studie weitere Gefahren. So könnten beispielsweise Erdbebenschäden an Dämmen auch Flutwellen auslösen. [hk]

- ▶ [www.kurzlink.de/spon-beben-stauseen](http://www.kurzlink.de/spon-beben-stauseen)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## KLIMA & ENERGIE

### UN-Klimaverhandlungen

#### Klimakanzlerin adé

■ Beim Petersberger Klimadialog Anfang Mai haben MinisterInnen über den Weg zu einem neuen internationalen Klimaabkommen 2015 diskutiert. Gemeinsam mit der polnischen Regierung war Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) Gastgeber des Treffens. In Polen wird im Dezember die UN-Klimakonferenz stattfinden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel knüpfte die Reform des EU-Emissionshandels an eine Überarbeitung des EEG und schob sie damit auf die lange Bank. Die klimapolitische Sprecherin des WWF Regine Günther bezeichnete Merckels Aussage als den „Todesstoß für die europäische Klimapolitik“.

In Bonn fanden auch offizielle Verhandlungen zur Vorbereitung der UN-Klimakonferenz statt. Die Umwelt- und Entwicklungs-NGO Germanwatch bezeichnete diese Gespräche als konstruktiv. Fast alle Länder seien sich einig gewesen, dass die Klimaschutzbemühungen massiv erhöht werden müssen. Schwerpunkt der Verhandlungen waren mögliche Elemente des neuen Klimaabkommens. [am]

- ▶ [www.wwf.de/2013/mai/klimakanzlerin-ad](http://www.wwf.de/2013/mai/klimakanzlerin-ad)
- ▶ Germanwatch, Experte für internationale Klimapolitik Sven Harmeling, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60 492-22, E-Mail: [harmeling@germanwatch.org](mailto:harmeling@germanwatch.org)

### Klimaschutz 2030

#### Debatte eröffnet

■ Ende April haben die Umwelt- und Energieminister erstmals über Klima- und Energieziele für die Zeit nach 2020

diskutiert. Der DNR forderte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und Bundesumweltminister Peter Altmaier auf, bei dem Treffen mit ihren europäischen Kollegen in Dublin ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz abzugeben.

Nachdem die Reform des Emissionshandels im EU-Parlament vorerst gescheitert ist, sei es nun umso wichtiger, ehrgeizige Ziele für die Reduzierung der Treibhausgase, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz für die Zeit nach 2020 festzulegen. „Wenn Europa untätig bleibt, ist der Klimaschutz in großer Gefahr. Die Minister müssen einen klaren Weg aufzeigen, wie die Emissionen nach 2020 deutlich sinken, sonst verlieren wir den Kampf gegen die Klimaerwärmung“, warnte DNR-Präsident Hartmut Vogtmann. Schon jetzt schlagen die Vereinten Nationen (UN) Alarm und weisen darauf hin, dass die Begrenzung der Zunahme der Erwärmung um maximal zwei Grad nur noch mit radikalen Maßnahmen erreicht werden kann. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts haben die CO<sub>2</sub>-Emissionen einen neuen Höchststand erreicht und sind inzwischen sogar über den historischen Wert von 400 ppm geklettert. [sl]

- ▶ DNR, Energieexpertin Stefanie Langkamp, Tel. +49 (0)30 / 678 17 75-79, E-Mail: [stefanie.langkamp@dnr.de](mailto:stefanie.langkamp@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Anpassung an den Klimawandel

#### Mitgliedstaaten müssen vorsorgen

■ Die Erderwärmung ist auch in der EU spürbar. Die Zunahme von Extremwetterereignissen betrifft alle Mitgliedstaaten. Ende April stellte die EU-Kommission daher eine Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vor. Diese umfasst Rahmenbedingungen und Mechanismen, um die Vorsorge der EU für die derzeitigen und künftigen Auswirkungen des Klimawandels zu verbessern. Dabei gibt die EU-Kommission drei Hauptziele aus: Erstens

sollen alle EU-Länder umfassende Anpassungsstrategien beschließen. Die Kommission will entsprechende Maßnahmen der Mitgliedstaaten auch finanziell fördern. Zweitens sollen Anpassungsmaßnahmen in EU-Schlüsselsektoren wie Landwirtschaft, Fischerei oder Kohäsionspolitik dazu beitragen, die Widerstandsfähigkeit der europäischen Infrastruktur gegen den Klimawandel zu stärken. Drittens sollen bestehende Wissenslücken geschlossen werden, um eine bessere Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Hierzu soll unter anderem die EU-Plattform für Klimaanpassung Climate-ADAPT ausgebaut werden.

Neben der Anpassungsstrategie veröffentlichte die EU-Kommission auch ein Grünbuch über Versicherungen gegen vom Menschen verursachte Katastrophen. Hierzu startete auch eine öffentliche Konsultation, die noch bis zum 30. Juni läuft. Ziel des Grünbuchs und der Befragung ist es, herauszufinden, ob Maßnahmen der EU zur Verbesserung des Versicherungsmarktes für Katastrophen sinnvoll und gerechtfertigt sind. [UWD, dh]

- ▶ DNR-Steckbrief: [www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-anpassung-2013.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-anpassung-2013.pdf)
- ▶ Konsultation: [www.ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2013/disasters-insurance](http://www.ec.europa.eu/internal_market/consultations/2013/disasters-insurance)

### Emissionshandel

#### Neun EU-Minister stehen hinter Backloading

■ In einem gemeinsamen Brief fordern Energie- und Umweltminister aus neun EU-Ländern, dass sich die Mitgliedstaaten bis Juli darauf einigen sollen, Zertifikate aus dem Emissionshandel (ETS) zurückzustellen (Backloading). Auch Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) gehört zu den Unterzeichnern des Appells. Mitte Mai verlieh auch Klimakommissarin Connie Hedegaard dieser Forderung Nachdruck. Bei der Veröffentlichung aktueller Daten zum ETS informierte sie, dass der Überschuss an Emissionshandelszertifikaten 2012 auf zwei Milliarden gestiegen ist. ▶

Vergangenen Monat hatten die EU-Abgeordneten mit knapper Mehrheit den Vorschlag verworfen, 900 Millionen CO<sub>2</sub>-Zertifikate aus dem Emissionshandel zu nehmen, um so dem drastischen Preisverfall entgegenzuwirken. Ohne einen ausreichend hohen Preis für die Zertifikate gehen vom Emissionshandel keine Anreize für Innovationen und zur Minderung von Emissionen aus. Nun sollen die Abgeordneten Anfang Juli erneut über den Vorschlag abstimmen. Insbesondere EU-Abgeordnete von CDU, CSU und FDP lehnen eine Stabilisierung des Emissionshandels durch Backloading ab. Auch das Wirtschaftsministerium sieht darin einen unerlaubten Eingriff in den Emissionshandel. In der Folge leiden Klimaschutzmaßnahmen in ganz Deutschland: Im Energie- und Klimafonds fehlen Milliardeneinnahmen, weil der Preis der Emissionshandelszertifikate nur noch bei etwa drei Euro liegt – geplant waren einmal 30 Euro.

Neben Umweltverbänden fordern inzwischen sogar die Energieriesen E.on und ENBW eine Reform des Emissionshandels. „Für die anstehenden Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind die niedrigen CO<sub>2</sub>-Preise Gift. Darum fordern immer mehr Unternehmen die Bundesregierung zum Handeln auf“, erklärt Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch. [sl]

► Zum Statement: [www.kurzlink.de/backload05](http://www.kurzlink.de/backload05)

### Energieeffizienz

## Energiesparziele übermittelt

■ Immer mehr Mitgliedstaaten haben ihre nationalen Energiesparziele zur Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie nach Brüssel übermittelt. Über dem deutschen Ziel hängt immer noch ein Fragezeichen.

Bis zum 30. April waren EU-Länder aufgerufen, ihr Energiesparziel an die EU-Kommission zu leiten. Sie schickten ihre Ziele direkt oder als Teil der Nationalen Reformprogramme (NRP), mit denen die EU ihre Haushalts- und Wirtschaftspolitik enger verzahnen will. Doch während das

Bundeswirtschaftsministerium im deutschen NRP noch das Energiesparziel aus dem Energiekonzept übermittelte, sperrt es sich jetzt, das auch für die Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie anzugeben. Statt wie vereinbart den Energieverbrauch um 20 Prozent bis 2020 zu senken, will Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler ein niedrigeres Ziel durchgeben.

„Es ist unglaublich, dass der Wirtschaftsminister ein Ziel ignorieren will, das von der gesamten Bundesregierung beschlossen wurde. Und das, obwohl Energieeffizienz nicht nur der Umwelt, sondern auch der Wirtschaft zugutekommt“, kritisiert Stefanie Langkamp vom Deutschen Naturschutzring. „Erst bestätigt er das Ziel nach Brüssel und im nächsten Moment will er es abschaffen – was für ein Chaos!“

Umweltverbände fordern, dass die Bundesregierung so bald wie möglich das Primärenergiesparziel von 20 Prozent an Brüssel weiterleiten müsse. Unterdessen prüft die EU-Kommission, ob die nationalen Ziele reichen, um das EU-Ziel zu erfüllen. Ergebnisse sollen bis Ende Mai vorliegen. [sl]

- Zu den NRP: [www.ec.europa.eu/europe2020](http://www.ec.europa.eu/europe2020)
- DNR, Energieexpertin Stefanie Langkamp, Tel. +49 (0)30 / 678 17 75-79, E-Mail: [stefanie.langkamp@dnr.de](mailto:stefanie.langkamp@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Erneuerbare Energien

## Strompreisbremse ausgebremst

■ Die Strompreisbremse von Bundesumweltminister Peter Altmaier steht endgültig vor dem Aus. So bestätigte eine Regierungssprecherin Ende April, dass die Verhandlungen mit den Bundesländern vor der Wahl keine Aussicht auf eine Einigung böten. Das geplante Bund-Länder-Treffen wurde abgesagt. Ziel von Peter Altmaier war es, die EEG-Umlage auf 5,3 Cent einzufrieren. Umweltverbände bewerteten das Scheitern der Strompreisbremse positiv. Statt einer Deckelung der Umlage

hatten sie eine stärkere Beteiligung der Industrie an den Kosten gefordert. [sl]

- [www.bund.net/themen\\_und\\_projekte/klima\\_energie/energiewende](http://www.bund.net/themen_und_projekte/klima_energie/energiewende)

### Biokraftstoffe

## EU-Parlament will Einsatz beschränken

■ Die französische Europaabgeordnete Corinne Lepage (ALDE) hat Mitte April ihren Parlamentsbericht zu den Vorschlägen der EU-Kommission für das Problem der indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) vorgestellt. Darin unterstützt sie die Forderung, den Einsatz von Biodiesel zu beschränken.

Die Berichterstatterin geht dabei auf die negativen Folgen von Agrotreibstoffen für den Klimaschutz ein und warnt vor zunehmender Konkurrenz zwischen Anbau von Nahrungsmitteln und Energiepflanzen auf knappen Ackerflächen: Durch indirekte Landnutzungsänderungen werden Treibhausgasemissionen freigesetzt. Dieser sogenannte ILUC-Effekt beschreibt die Verdrängung von Nahrungs- und Futtermittelanbau durch Energiepflanzen.

Mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und der Kraftstoffqualitätsrichtlinie, die 2009 verabschiedet wurden, fördert die EU die Nutzung von Biokraftstoffen. Bis 2020 sollen zehn Prozent der europäischen Kraftstoffe aus erneuerbaren Quellen kommen. Laut neuem Richtlinienvorschlag darf der Anteil von Biokraftstoffen aus Nahrungspflanzen daran nur noch fünf Prozent betragen. Neben der Fünf-Prozent-Deckelung schafft der Vorschlag eine Berichts-, aber keine Rechenschaftspflicht für Biokraftstoffproduzenten über ILUCs. Zusätzlich verlangt die Kommission von allen Biokraftstoffanlagen, die nach Juli 2014 ihren Betrieb aufnehmen, Emissionsreduktionen um 60 Prozent (umwelt aktuell 04.2013, S. 14).

Die Fünf-Prozent-Deckelung lehnt Corinne Lepage in ihrem Bericht ab, stattdessen fordert sie, dass ab 2017 rohstoffspezi-



## „So schnell wie wir sie verbrauchen, wachsen Pflanzen nicht nach.“

Im April ist das Projekt für nachhaltige Landnutzung und ressourcenschonende Biomassepolitik des Forums Umwelt und Entwicklung ausgelaufen. Zeit für eine Bilanz: Damit Biomasse wirklich umweltfreundlich sein kann, müssen Menschen weniger Fleisch essen und weniger Sprit verbrauchen, fordert der Koordinator der Plattform „Nachhaltige Biomasse“ László Maráz.

### umwelt aktuell: Was verstehen Sie genau unter nachhaltiger Biomasse?

László Maráz: Dabei handelt es sich um nachwachsende Rohstoffe, die angebaut, geerntet und verarbeitet werden können, um andere Stoffe herzustellen oder sie energetisch zu verwerten. Nachhaltige Qualität heißt, dass beim Anbau keine Umweltschäden oder soziale Probleme verursacht werden dürfen. Auch die Verarbeitung und der Einsatz der Stoffe dürfen nicht zu Problemen führen. Wichtig ist aber auch die Frage der Quantität: Biomassennutzung kann nur in begrenztem Umfang nachhaltig sein, denn ein Zuviel beansprucht zu große Landflächen und Rohstoffmengen. Das führt dazu, dass Nahrungsmittel knapp werden können oder andere Verwender in Versorgungsnot geraten und auf umweltschädlichere Rohstoffe ausweichen.

### Ziel Ihres Projektes war es, die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für nachhaltige Landnutzung zu analysieren. Ist Ihnen das gelungen?

Dies ist sicher nur teilweise gelungen, denn diese Fragestellung ist viel zu komplex, als dass bisher jemand gute Antworten darauf hätte. Aber wir konnten deutlich machen, woran eine nachhaltigere Landnutzung scheitern muss: am zu hohen und weiter wachsenden Verbrauch von Energie- und anderen Rohstoffen, an der ungelösten Landrechtsfrage, mangelnder Partizipation der Bevölkerung an Landnutzungsplanungen sowie an einer kaum vorhandenen klugen Nutzungsplanung für Land und Wasser. Nehmen wir das Beispiel Deutschland: Die Vermaischung der Landschaft hätte durch eine nationale Landnutzungsplanung verhindert werden können, sodass Grünland und Feuchtgebiete nicht in Maisäcker umgewandelt worden wären. Weniger Fleischkonsum hätte den enormen Maisverbrauch für die Tiermast reduzieren und damit Maismengen für die Biogasherstellung freisetzen können.

### Worauf sollten die Landwirte achten?

Landwirte sind gut beraten, auf die Nachhaltigkeit ihrer Produktion zu achten. Gesunde Böden sind die Voraussetzung für gute Erträge in der Zukunft, die Produktionsgrundlage Ackerboden ist sehr wertvoll. Verluste können nicht mit teuren Ersatzstoffen wie Düngemitteln und Pestiziden dauerhaft wettgemacht werden.

### Die Position der politischen Parteien zu der Erzeugung und Verwendung von Biomasse ist nicht eindeutig pro oder kontra. Bei der Energiewende soll Biomasse aber eine wichtige Rolle spielen. Für wie problematisch halten Sie das?

Nach anfänglicher Euphorie hat sich inzwischen Ernüchterung breitgemacht. Die Bäume wachsen zwar nach, aber eben nicht in den Himmel. Man hat erkannt, dass das Potenzial recht begrenzt und schon heute weitgehend ausgereizt ist. Politik und Gesellschaft müssen erkennen, was sie lange nicht wahrhaben wollten: Für die Energiewende ist es dringend notwendig, den Verbrauch drastisch zu reduzieren. Die aktuelle Diskussion um ein Tempolimit zeigt aber, dass viele dazu nicht bereit sind. Einen billigen Ersatztreibstoff gibt es aber nicht. Inzwischen wird in Deutschland Biodiesel aus Palmöl hergestellt. Da aber die Erzeugung von Palmöl immer noch mit Rodungen von Regenwald und Abbrennen von Torfwäldern erkaufte wird – von den sozialen Folgen der Vertreibung und Umweltverschmutzung vor Ort ganz zu schweigen – führt diese Art von Brennstoffwende zu Klimaschäden.

### Hat die Politik denn bisher ausreichende Maßnahmen getroffen, um die ökologische Vielfalt zu sichern und die sozialen Auswirkungen des Anbaus von Biomasse abzufedern?

Nein, die Politik hat bislang viel zu wenig Interesse daran. Lediglich augenfällige, schlimme ökologische Folgen werden teilweise vermieden, soziale Aspekte spielen bei der Erzeugung und Zertifizierung von Biomasse bislang so gut wie keine Rolle. Leider aus gutem Grund: Würden Landrechte respektiert und gute Arbeitsbedingungen garantiert, wäre es schnell vorbei mit der billigen Bioenergie.

### Sie plädieren dafür, Konsum und Wachstum einzuschränken. Also weniger Fleisch zu essen, Papier zu verbrauchen, Kraftstoff zu verfahren. Diese Entscheidung müssen letztlich die Verbraucher treffen. Wo muss denn die Politik reglementieren?

Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Politik nicht ständig durch Wachstumsprogramme und Subventionen den Verbrauch weiter anheizen würde. Die fehlende Besteuerung von Flugzeugtreibstoff,

Milliardensubventionen für Großflughäfen und Autobahnen, der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf Fleischprodukte und Brennholz, Hilfen für die Massentierhaltung oder die Autoindustrie: All dies sind Strohhalm, die lediglich kurzfristig die Produktion und den Verbrauch bestimmter Waren anfeuern, die allesamt knappe Güter sind.

### Wie soll das individuelle Bewusstsein für nachhaltigen Konsum gestärkt werden?

Zunächst sollten die irreführenden Botschaften unterlassen werden, die den Menschen suggerieren, sie könnten einfach so weitermachen, weil es ja genug Energie gebe, weil pflanzliche Rohstoffe ja nachwachsen und unendlich viel Sonnenenergie zur Verfügung stände. Denn so schnell, wie wir sie verbrauchen, wachsen Pflanzen nicht nach. Außerdem ist Sparen ja nichts Schlechtes: Wer Energie und Konsumgüter spart, der spart bares Geld. Viele kurzlebige Wegwerfprodukte haben einen so geringen Nutzwert, dass der Verzicht darauf eher eine Erleichterung wäre. Weniger Fleisch- und Milchkonsum spart nicht nur Ackerflächen ein und reduziert die Massentierhaltung: Es lebt sich wesentlich gesünder damit! Leider scheinen aber die Krankenkassen – und erst recht das Bundesverbraucherschutzministerium (BMELV) – kein wirkliches Interesse an gesunder Ernährung zu haben. Höhere Krankheitskosten werden durch steigende Beiträge locker finanziert und das BMELV sieht seine Aufgabe vor allem darin, das Wachstum auch in der Ernährungsindustrie zu befeuern. Verzichtsappelle sind da anscheinend tabu.

[Interview: Elena Schäggl]

László Maráz ist Koordinator der Plattform „Nachhaltige Biomasse“ und der AG Wald des Forums Umwelt und Entwicklung.

Kontakt:  
Tel. + 49 (0)30 /  
6781775-89, E-Mail: ma-  
raz@forumue.de, www.  
forumue.de



fische ILUC-Faktoren in die Berechnung der Klimabilanz von Treibstoffen einfließen. [dh]

► [www.kurzlink.de/lepage-iluc-04.2013](http://www.kurzlink.de/lepage-iluc-04.2013)

## Fracking I

### UVP bald Pflicht?

■ Der EU-Berichtersteller für die Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Andrea Zanoni (Liberale) fordert obligatorische UVPs für die Exploration und Gewinnung von Schiefergas. Das berichtete der Umwelteinformationsdienst ENDS Anfang Mai.

Der Reformvorschlag der EU-Kommission reiche nicht aus, um genügend Umweltschutz in diesem Bereich zu gewährleisten, so Zanoni. Bisher sind UVPs erst ab bestimmten Produktionsmengen der Öl- und Gasgewinnung Pflicht. Diese Grenzen sind bislang zu hoch, um Schiefergas und andere unkonventionelle Fördermethoden abzudecken. Auch der Bundesrat und das Bundesumweltministerium unterstützen Zanonis Vorschlag. Die polnische Regierung hingegen möchte den Einsatz von UVPs noch stärker begrenzen (umwelt aktuell 04.2015, S. 14).

Am 6. Mai stellte der Berichterstatter seinen Vorschlag dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments vor. Die Abstimmung des Ausschusses in der ersten Lesung über die Reform der Richtlinie wird voraussichtlich im Juli erfolgen. [lr]

► [www.kurzlink.de/bericht-zanoni13](http://www.kurzlink.de/bericht-zanoni13)

## Fracking II

### Immer mehr wollen ein Verbot

■ Die Debatte um die gesetzliche Regelung der Schiefergasförderung ist in vollem Gange. Schleswig-Holstein hat nun als erstes Bundesland einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der ein Verbot von Fracking vorsieht. Der bisherige Gesetzesvorschlag geht Umweltminister Ro-

bert Habeck (Grüne) nicht weit genug. Die Bundesregierung hatte Anfang Mai vorgeschlagen, Fracking an strengere Auflagen zu binden, es grundsätzlich aber nicht zu verbieten (umwelt aktuell 04.2013, S. 14). Wasserschutz- und Heilquellengebiete sowie Regionen mit erhöhtem Grundwasservorkommen sollen laut Entwurf für die Schiefergasförderung tabu bleiben. Außerdem sollten für Probebohrungen Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgeschrieben werden, die die Zustimmung der Wasserbehörden erfordern.

Mehrere Umweltverbände wollen Fracking nun verbieten. Umweltverträglichkeitsprüfungen allein entbehren jeglicher Sicherheit für die Vermeidung von Schäden für Mensch und Umwelt, sagen Campact, BUND, BBU und die Bürgerinitiative „Gegen Gasbohren“. Nach einer von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage sprechen sich zudem 66 Prozent der deutschen Bevölkerung für ein Verbot von Fracking aus. Auch der Bund der deutschen Bierbrauer befürchtet, dass die giftigen Chemikalien, die beim Fracking eingesetzt werden, Wasservorkommen außerhalb der Schutzgebiete verunreinigen.

Der Gesetzentwurf der Koalition muss noch vom Kabinett und dem Bundestag beschlossen werden, bevor der Bundesrat mitsprechen kann. Ob dies vor der Bundestagswahl passiert, ist fraglich. [es]

- [www.bund.net/frackinggesetz](http://www.bund.net/frackinggesetz)
- [www.kurzlink.de/PM-BUND-Gesetz](http://www.kurzlink.de/PM-BUND-Gesetz)
- [www.kurzlink.de/Klimaretter-fracking](http://www.kurzlink.de/Klimaretter-fracking)

## Energietechnik

### EU-Geld nicht nur für CO<sub>2</sub>-Speicherung

■ Europa soll mehr Energietechnologien entwickeln und auf den Markt bringen. Dies forderte die EU-Kommission Anfang Mai in ihrem Strategieplan für Energietechnologie (SET).

In dem Strategiepapier plant die Kommission, die Finanzierungshilfen für Energietechnologien breiter aufzustellen. Neben

dem Ausbau von Stromnetzen, Windkraft und CO<sub>2</sub>-Speicherung (CCS) soll der Plan künftig auch alternative Technologien wie regenerative Kühlsysteme oder Solarsysteme für industrielle Heizanlagen miteinschließen. Darüber hinaus will die Kommission den Weg von der Erforschung hin zur Markteinführung technischer Innovationen für europäische Firmen erleichtern.

Eine Roadmap für Innovationen im Energiesektor ist für Ende des Jahres geplant. [es]

- [www.ec.europa.eu/energy/technology/strategy/doc/comm\\_2013\\_0253\\_en.pdf](http://www.ec.europa.eu/energy/technology/strategy/doc/comm_2013_0253_en.pdf)

## China

### Strafzölle auf Solarzellen

■ Medienberichten zufolge hat die EU-Kommission im Mai beschlossen, zum 5. Juni Einfuhrzölle in Höhe von durchschnittlich 47 Prozent auf chinesische Solarmodule einzuführen. Hintergrund sind laut Spiegel Online (SPON) Vorwürfe, nach denen China die Branche mit hohen Subventionen versorgt und damit den europäischen Herstellern schadet. Die Kommission hat die Entscheidung allerdings bislang nicht offiziell bestätigt. Die Zölle sollen zunächst für sechs Monate gelten, dann müssten die EU-Mitgliedstaaten zustimmen, um sie zu verlängern. Die Bundesregierung reagierte verhalten auf die Meldung. Die Maßnahme ist auch innerhalb der europäischen Solarbranche umstritten, da die Sorge um Arbeitsplätze groß ist. [am]

- [www.kurzlink.de/eu-china-zoll-apon](http://www.kurzlink.de/eu-china-zoll-apon)

## Kohlekraftwerke

### Tod durch dreckige Luft

■ 18.200 BürgerInnen der EU sterben jährlich an den Folgen der Luftverschmutzung, verursacht durch Kohlekraftwerke. Dies ergab eine Ende April veröffentlichte Studie der Allianz Gesundheit und Umwelt. Die WissenschaftlerInnen forder-

ten die EU auf, härtere Vorschriften für Industrie-Emissionen zu vereinbaren. Die für 2016 beschlossene EU-Richtlinie setzt den Grenzwert für Stickoxidemissionen auf nur 200 Milligramm pro Kubikmeter fest und sei damit bereits überholt, urteilen die AutorInnen. In den USA liegt der Wert bei 100 Milligramm, in China bei 117 Milligramm.

Die kohlebedingte Luftverschmutzung verursacht beim Menschen vor allem chronische Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die die Gesundheitsausgaben der EU in die Höhe treiben. Jedes Jahr betragen die Kosten 42,8 Milliarden Euro.

Auch Greenpeace hat Anfang April die Gesundheitsfolgen von Kohlekraft untersucht und die Auswirkungen auf rund 3.100 Todesfälle in Deutschland geschätzt. Beide Studien zeigen, dass Kohlekraft maßgeblich zur Luftverschmutzung beiträgt und Grund genug liefert, die primären Energieträger umzustellen und einen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2040 anzustreben. [es]

- ▶ HEAL-Studie: [www.kurzlink.de/HEAL\\_studie](http://www.kurzlink.de/HEAL_studie)
- ▶ Greenpeace-Studie: [www.kurzlink.de/gpkkw](http://www.kurzlink.de/gpkkw)

## Atommüll

### Endlagersuchgesetz in der Debatte

■ Ende April hat das Bundeskabinett das Endlagersuchgesetz beschlossen. Ziel des Gesetzes ist es, die Suche nach einem Endlager für radioaktiven Atommüll ergebnisoffen zu gestalten. So soll die Suche nach wissenschaftlichen Kriterien auf einer „weißen Landkarte“ ausgeführt werden – auch der umstrittene Salzstock im niedersächsischen Gorleben wurde nicht ausgeschlossen. Vorerst werden aber keine Castortransporte mehr dorthin gehen.

Kurz vor der Bundestagsdebatte drohte Niedersachsen mit einer Ablehnung des Gesetzes im Bundesrat, da der Entwurf aus Sicht der rot-grünen Landesregierung keine ergebnisoffene Suche zulässt. So fürchtet sie, dass aufgrund des kurzen

## Besetzung des WBGU: Posse in der Klima- und Umweltpolitik

**Die Besetzung des WBGU mit anerkannten Klimaforschern stimmt zuversichtlich, das Zustandekommen aber macht deutlich: Die Bundesregierung verweigert klimapolitische Führung, kommentiert der Grünen-Abgeordnete Hermann Ott.**

Wieder einmal Hickhack der Bundesregierung bei der Klima- und Umweltpolitik: Mit der Posse um die Besetzung des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) beweisen die Koalitionäre nicht nur, dass sie das Regieren de facto eingestellt haben. Vor allem zeigt sich die Unfähigkeit der Regierung, mit der wissenschaftlichen Realität umzugehen – insbesondere in klimapolitischen Fragen. Statt eine echte Klimapolitik voranzutreiben und die Ergebnisse des WBGU stärker in die parlamentarische Praxis zu überführen, sollen bei kritischen Diagnosen zu den Umweltveränderungen auf unserem Planeten also lieber die Vordenker im Beirat ausgetauscht werden – in der Hoffnung, dass die „eigenen“ Experten zu genehmeren Ergebnissen kommen.

Was war geschehen? Das Bundeswirtschaftsministerium unter Philipp Rösler hatte versucht, andere Wissenschaftler durchzusetzen als vorgeschlagen. Dass sich das Umweltministerium nun doch durchgesetzt hat, Hans Joachim Schellnhuber erneut als Vorsitzenden in den WBGU schickt und auch Uwe Schneidewind vom Wuppertal Institut beruft, zeigt: Nicht nur die Wähler bleiben von der FDP zunehmend unbeeindruckt. Auch innerhalb der Koalition werden die Eskapaden dieser Partei nicht länger geduldet – zumal Rösler und sein Wirtschaftsministerium ohnehin kein Berufungsrecht für den Beirat haben. Man kann das Verlangen der FDP, wichtige Gremien und Posten mit Vordenkern der eigenen Schule zu besetzen, als Versuch werten, neoliberale Strukturen über die kommende Bundestagswahl hinaus aufrechtzuerhalten. Das Gebaren der FDP hat Methode und erinnert manchmal gar an die Tea-Party-Bewegung in den USA. Diese fördert die „Klimawandelskeptiker“ und leugnet die spürbaren Auswirkungen der weltweiten Klimaveränderungen. Wissenschaftler in den USA haben erkannt, dass für die extreme Rechte das Leugnen des Klimawandels den Antikommunismus als ideologischen Hauptfeind ersetzt hat. Auch für gewisse Kreise der deutschen Liberalen scheint diese Analyse zuzutreffen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Union haben diese klimapolitische Attacke ihres Koalitionspartners FDP abgewehrt. Als „Klimaretter“ profilieren können sie sich aber nicht – ganz im Gegenteil! Auf bundespolitischer, europäischer und globaler Ebene hat sich die Kanzlerin gänzlich von ihrer klimapolitischen Verantwortung verabschiedet. Nicht zuletzt das Scheitern der EU-Emissionshandelsreform ist auch dem Zaudern von Merkel geschuldet. Sie nutzt ihre Macht nicht, um den Streit ihrer Minister zu entscheiden und überlässt damit die Klimapolitik dem wilden Fahrwasser in Richtung des Bankrotts.

Der WBGU als politisches Korrektiv ist ein zentrales umwelt-, entwicklungs- und klimapolitisches Beratungsgremium der Bundesregierung. Die Bestätigung Schellnhubers und die Berufung Schneidewinds bringen den WBGU voran und lassen auf weitere gute und richtungweisende Berichte für die sozial-ökologische Transformation hoffen. Nun muss allerdings auch die deutsche Klimapolitik insgesamt wieder Fahrt aufnehmen. Die Koalition sollte hierzu die Erkenntnisse der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ beherzigen. Diese Kommission hat in den letzten drei Jahren parteiübergreifend erörtert, wie Wachstum vom Umweltverbrauch entkoppelt werden kann. Zusammen mit CDU/CSU und FDP haben wir festgehalten, dass es absolute planetarische Grenzen gibt, die nicht überschritten werden dürfen – und dass wir sie im Klimabereich schon längst überschritten haben. Angela Merkel muss sich nun an ihren eigenen Worten messen lassen und endlich wieder die klimapolitische Führung übernehmen – nicht nur in der eigenen Koalition, sondern auch gegenüber den europäischen und globalen Bremsern. Die Klima- und Energiepolitik braucht Wille und Seele, kein lustloses Dahinregieren.

**Dr. Hermann Ott ist klimapolitischer Sprecher von Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag und Mitglied der Enquetekommission.**

**Kontakt: Tel: +49 (0)30 / 227 78026,  
E-Mail: [hermann.ott@bundestag.de](mailto:hermann.ott@bundestag.de)**

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## K wie Konsumkultur

Verändert der Online-Gebrauchwarenhandel individuelles Konsumverhalten? Wie lassen sich stromverbrauchende Alltagsgewohnheiten am Arbeitsplatz verändern? Diese und andere Fragen zeigen, dass es beim »nachhaltigen Konsum« um weit mehr geht als um den Kauf von Bio- oder Fair-Trade-Produkten. Die HerausgeberInnen des vorliegenden Buches gewähren Einblicke in eine Forschungslandschaft, die in unserer konsumorientierten Gesellschaftsordnung zunehmend an Bedeutung gewinnt.

R. Defila, Antonietta Di Giulio,  
R. Kaufmann-Hayoz (Hrsg.)

**Wesen und Wege nachhaltigen Konsums**  
Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt  
»Vom Wissen zum Handeln - Neue Wege zum  
nachhaltigen Konsum«

498 Seiten, broschiert, 44,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-296-4  
Auch in englischer Sprache erhältlich.

Erhältlich bei  
www.oekom.de  
oekom@verlegerdienst.de

**oekom**  
Die guten Seiten der Zukunft

Zeitraums, der für die Suche nach einem geeigneten Endlager veranschlagt wird, die Wahl doch wieder auf Gorleben fallen wird. Auch Schleswig-Holstein drohte mit einem Veto, da sich bisher nur SPD-geführte Bundesländer bereit erklärt haben, einen Teil der Castoren aus Frankreich und Großbritannien aufzunehmen. Vor der Abstimmung müsse klar sein, was mit allen verbliebenen Castoren passiert, sonst würden sie ablehnen.

Der Bundestag hat am 17. Mai über das Gesetz beraten, im Bundesrat ist die Abstimmung für den 6. Juli anberaunt. [am]

- Entwurf Endlagersuchgesetz (Stand April 2013):  
[www.kurzlink.de/endlager-gesetz-0413](http://www.kurzlink.de/endlager-gesetz-0413)

### KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

#### Sichere Lebensmittel

## Für mehr Vertrauen

■ Die Europäische Kommission hat im Mai neue Regeln für Gesundheits- und Sicherheitsstandards in der gesamten Lebensmittelkette vorgeschlagen. Das Maßnahmenpaket beinhaltet neben flexibleren Vorschriften für die Bereitstellung von Saatgut auch verbesserte Vorschriften für amtliche Kontrollen.

So sollen beispielsweise effizientere Tests und Inspektionen Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor den Folgen von Lebensmittelskandalen schützen, wie sie in der Vergangenheit immer wieder aufgetreten sind.

Mit den Maßnahmen werden laut Kommission der Gesundheitsschutz in der gesamten Lebensmittelkette modernisiert und vereinfacht. Derzeit verteilen sich die EU-Rechtsvorschriften auf rund 70 verschiedene Rechtsakte. Der Reformvorschlag bündelt diese in fünf Rechtsakte.

Das verringere den bürokratischen Aufwand für Landwirte, Züchter und Lebensmittelbetriebe, heißt es in der Mitteilung der Kommission. Die Verbraucher

profitierten von sichereren Produkten und effizienteren Kontrollen entlang der Lebensmittelkette.

„Die Agrar- und Lebensmittelindustrie ist die zweitgrößte Wirtschaftsbranche der EU. Sie beschäftigt mehr als 48 Millionen Menschen und erwirtschaftet rund 750 Milliarden Euro pro Jahr. Im internationalen Vergleich verfügt Europa über die höchsten Sicherheitsstandards für Lebensmittel. Der jüngste Pferdefleischskandal hat jedoch gezeigt, dass wir noch einige Lücken schließen müssen“, sagte der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik Tonio Borg.

Nun werden das EU-Parlament und der EU-Rat über das Maßnahmenpaket beraten. Voraussichtlich 2016 wird die Neuregelung in Kraft treten. [mbu]

- [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/13/400)
- Memo zur Lebensmittelkette: [www.europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-398\\_en.htm](http://www.europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-398_en.htm)

#### Produktsicherheit

## Immer mehr gefährliche Kleidung und Spielzeug

■ 2012 sind in der EU fast 2.300 Produkte aus dem Verkehr gezogen worden, die riskant für die Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbraucher waren, 26 Prozent mehr als im Vorjahr. Das geht aus dem RAPEX-Jahresbericht hervor, den die EU-Kommission Mitte Mai veröffentlicht hat. Über das Schnellwarnsystem RAPEX informieren sich die EU-Länder gegenseitig vor gesundheitsgefährdenden Produkten. Die Datenbank umfasst Konsumgüter, aber keine Lebensmittel und Medikamente.

Ein Drittel der Produkte, die von Kontrolleuren bemängelt wurden, waren Textilien wie T-Shirts, die mit giftigen Chemikalien belastet waren. An zweiter Stelle stand Spielzeug, danach Elektrogeräte. Über die Hälfte der beanstandeten Waren stammt aus China. Mit China verhandelt die EU über eine Verbesserung der Situation. [mbu]

- [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/13/438)



## Verbraucherpolitik

### Ab Juli neuer EU-Kommissar

■ Kroatiens stellvertretender Regierungschef Neven Mimica ist designierter EU-Kommissar für Verbraucherschutz. Er wird sein Amt nach dem EU-Beitritt Kroatiens am 1. Juli antreten.

Als Vollmitglied der EU ist Kroatien berechtigt, einen Vertreter für die EU-Kommission zu stellen. Mimica beschäftigt sich in der kroatischen Regierung derzeit mit der europäischen Integration und den Außenbeziehungen seines Landes.

Bisher gehört der Verbraucherschutz zum Zuständigkeitsbereich des EU-Kommissars Tonio Borg aus Malta. Jede Regierung der künftig 28 Mitgliedstaaten der EU schickt einen Kommissar nach Brüssel. Vor der endgültigen Ernennung Neven Mimicas muss noch das Europäische Parlament zustimmen. [es]

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/13/354)

## Pestizide

### Hormone im Essen

■ Die österreichische Umweltschutzorganisation Global 2000 hat eine Broschüre veröffentlicht, in der hormonell wirksame Pestizide in Lebensmitteln aufgelistet sind.

Ohne die richtige Würze schmeckt oft das beste Essen nicht. Und gegen ein bisschen Salz und Pfeffer ist ja auch nichts einzuwenden. Auf mit „hormonell wirksamen Pestiziden“ gewürzte Lebensmittel würden die meisten aber gerne verzichten. Das wird jedoch immer schwieriger, denn diese Pestizide sind heute weit verbreitet.

Die Broschüre von Global 2000 soll KonsumentInnen dabei helfen, diese hormonell wirksamen Pestizide so weit wie möglich aus ihrem Leben – und ihren Lebensmitteln – zu verbannen.

Zu den möglichen Krankheitsbildern durch Vergiftung mit hormonell wirksamen Pestiziden zählen laut Global 2000 zum Beispiel Tumore in hormonabhängigen Geweben wie Brustkrebs, Prostatakrebs oder Hodenkrebs; die Störung des

Stoffwechsels wie Fettsucht oder Diabetes; reproduktive Dysfunktionen wie Unfruchtbarkeit oder verfrühte Menstruation; Herz-Kreislauf-Probleme; und neurologische Störungen, die Gedächtnis, Beweglichkeit und Aufmerksamkeit betreffen können. [UWD]

► Broschüre Global 2000:  
[www.kurzlink.de/hormone-essen-global](http://www.kurzlink.de/hormone-essen-global)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### EU-Agrarreform

### Übergangsregeln: Greening erst ab 2015

■ Nach Auffassung der EU-Kommission ist für die Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eine Übergangsperiode nötig. Ende April veröffentlichte sie entsprechende Vorschläge für einen schrittweisen Übergang in die neue GAP.

Insbesondere die Direktzahlungen wären von den Übergangsregeln betroffen. Demnach plant die Kommission, die Subventionen für landwirtschaftliche Betriebe erst ab 2015 an Umweltauflagen zu binden. 2014 würden die Direktzahlungen zunächst wie bisher fortgeführt. Dadurch erhielten die nationalen Behörden mehr Zeit zur Umstellung der Zahlungssysteme. Mit einer gerechteren Verteilung der Agrarsubventionen unter den Mitgliedstaaten soll jedoch schon kommendes Jahr begonnen werden.

Derzeit laufen die Trilogverhandlungen zwischen EU-Kommission, EU-Parlament und Agrarministerrat. Noch während der Irischen Ratspräsidentschaft bis Ende Juni soll eine politische Einigung zur Agrarreform erzielt werden. Die Kommission rechnet aber nicht damit, dass die Mitgliedstaaten alle neuen Regeln schon bis 2014 umsetzen können. [dh]

► [www.kurzlink.de/gap-uebergangreg.pdf](http://www.kurzlink.de/gap-uebergangreg.pdf)

## Agrarsubventionen

### Millionenrückforderung

■ Weil sie das Geld nicht den Vorschriften entsprechend ausgegeben haben oder die Kontrollen der Ausgaben unzureichend waren, verlangt die Europäische Kommission 230 Millionen Euro von 14 Mitgliedstaaten zurück. Den höchsten Betrag müssen Griechenland (über 120 Millionen Euro) und Polen (über 80 Millionen Euro) zurückerstatten. Für Deutschland belaufen sich die Forderungen auf etwa 1,28 Millionen Euro.

Die Mitgliedstaaten sind für die Auszahlung und Prüfung der Ausgaben zuständig. Die EU-Kommission stellt sicher, dass die Mitgliedstaaten die Mittel vorschriftsmäßig verwenden. Die aktuelle Rückforderung von Anfang Mai erfolgt im Rahmen des sogenannten Rechnungsabschlussverfahrens. [mbu]

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/13/389)

► Merkblatt „Umsichtige Verwaltung des Agrarhaushalts“: [www.ec.europa.eu/agriculture/fin/clearance/factsheet\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/agriculture/fin/clearance/factsheet_de.pdf)

## Nachfrage Biolebensmittel

### Ökolandbau wächst zu langsam

■ Deutschland muss immer mehr Bioprodukte aus anderen Ländern importieren, um die steigende Nachfrage im Inland abzudecken. Das ist das Ergebnis einer Studie der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, die im Mai vorgestellt wurde. Die Forscher hatten im Auftrag der Bundestagsfraktion der Grünen die Entwicklung des deutschen Biolebensmittelmarktes untersucht. Schuld am mangelnden heimischen Angebot ist demnach vor allem das schleppende Wachstum der ökologischen Landbauflächen.

Während sich das Handelsvolumen von Biolebensmitteln seit 2000 auf etwa sieben Milliarden Euro verdreifacht hat, hat sich der Anteil der Bioanbaufläche im selben Zeitraum lediglich verdoppelt. Deutschland ist mit einem Anteil von 30 Prozent

der wichtigste Markt für Biolebensmittel in Europa. Vor allem osteuropäische Länder setzen auf den deutschen Markt und haben ihre Flächen für ökologische Landwirtschaft in den letzten Jahren teilweise massiv ausgeweitet. In Polen etwa hat sich die Bioanbaufläche zwischen 2004 und 2010 sogar mehr als verfünffacht.

Für bedenklich halten die Autoren der Studie den Import von heimischen Sorten. So würden inzwischen nicht mehr nur exotische Früchte, sondern auch Karotten, Tomaten und Kartoffeln aus dem Ausland eingeführt. Laut Studie werden, dass insgesamt 80 Prozent des Bioobstes und knapp die Hälfte des Biogemüses importiert. Grund für das schleppende Wachstum der Bioanbauflächen seien vor allem die Förderung von Biogasanlagen und der damit verbundene Anstieg des Pachtpreises für landwirtschaftliche Flächen. [fc]

► [www.kurzlink.de/studie-bioanbau2013](http://www.kurzlink.de/studie-bioanbau2013)

## Saatgutrecht

### Privatgärtner dürfen weiter frei säen

■ Die EU-Kommission hat im Mai ihren Entwurf für die Neuregelung der Saatgutverordnung vorgelegt. Damit sollen ein einheitliches Saatgutrecht eingeführt und die Zulassung vereinfacht werden. Die Befürchtung von Umweltverbänden und kleineren Züchtern, dass ein neues Saatgutrecht zum Verlust alter Sorten und zu Einschränkungen für Hobbygärtner führen würde, wies der zuständige EU-Kommissar Toni Borg zurück. Er versicherte, Privatleute seien nicht betroffen und für alte Sorten gebe es Sonderregeln. So bleibt laut Entwurf der private Austausch von Saatgut erlaubt.

Der DNR-Präsident Hartmut Vogtmann befürchtet dennoch, dass „die Pläne der EU-Kommission für eine neue Saatgutverordnung die Artenvielfalt in der Landwirtschaft bedrohen“. In den vergangenen Wochen hatte es zahlreiche Proteste gegen die Pläne der Kommission gegeben.

Campact und Save our Seeds hatten mit ihrer Aktion „Saatgut: Bunte Vielfalt statt genormter Einfalt!“ gefordert, die große Fülle an Sorten in der Landwirtschaft zu erhalten und zu fördern.

Die Grünen im Europarlament warfen der Kommission vor, ihr Vorschlag stärke einseitig die Agrar- und Chemieindustrie. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen Martin Häusling kritisierte vor allem das geplante EU-weit einheitliche Zulassungsverfahren. Er nannte das Argument der Entbürokratisierung vorgeschoben und forderte die Kommission auf, „ihren Plan, die Saatgutzulassung und Kontrolle zu privatisieren, fallen zu lassen“.

Der landwirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament Albert Deß sprach sich dafür aus, den Tausch und Verkauf alter und seltener Saatgutsorten an die Endnutzer auch weiterhin frei zu ermöglichen. Die Mitgliedstaaten und das Europaparlament müssen dem Verordnungsvorschlag noch zustimmen. [mbu]

- [www.kurzlink.de/eu-plan-saatgutrecht](http://www.kurzlink.de/eu-plan-saatgutrecht)
- [www.kurzlink.de/dnr-saatgurecht-eul](http://www.kurzlink.de/dnr-saatgurecht-eul)
- [www.martin-haeusling.eu](http://www.martin-haeusling.eu)
- [www.kurzlink.de/eu-dess-saatgutrechtl](http://www.kurzlink.de/eu-dess-saatgutrechtl)

## Patente

### Chilischote mobilisiert Protest

■ Umweltverbände, ökologische Erzeugergemeinschaften, wissenschaftliche und kirchliche Organisationen haben sich für Änderungen im deutschen und europäischen Patentsystem ausgesprochen. Sie kritisieren vor allem die Vergabepaxis des Europäischen Patentamtes.

In einem offenen Brief forderten die Organisationen Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner und Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, sich in der EU für die Einhaltung des geltenden Patentrechts einzusetzen. Demnach sind Patente auf konventionell gezüchtete Tiere und Pflanzen nicht erlaubt. Das Europäische Patentamt (EPA) erteilt dennoch immer wieder solche Patente, indem es die Regelungen großzü-

gig auslegt, wie unter anderem das Bündnis Keine Patent auf Saatgut! seit Langem moniert.

So hatte das EPA am 9. Mai dem Gentechnikkonzern Syngenta ein Patent auf eine herkömmlich gezüchtete Chilipflanze erteilt. Diese gilt nun als „geistiges Eigentum“ von Syngenta. Sogar das „Ernten von Früchten der Pflanze“ wurde als Erfindung des Konzerns anerkannt. Nach geltendem Patentrecht ist die Chilischote aber keine „Erfindung“. Denn sie wurde nicht gentechnisch, sondern auf konventionelle Art und Weise hergestellt.

Der Bundestag in Berlin und das EU-Parlament haben sich eindeutig gegen Patente auf Leben ausgesprochen. Das EPA setzt sich immer wieder darüber hinweg, unter anderem mit der Begründung, es würden internationale Abkommen zum Schutz des Eigentums verletzt. [mbu]

- Offener Brief gegen Patente auf Leben: [www.kurzlink.de/patentbrief05.2013](http://www.kurzlink.de/patentbrief05.2013)
- Syngentas Patent auf Chili: [www.db.zs-intern.de/uploads/1368089639-EP2140023B1.pdf](http://www.db.zs-intern.de/uploads/1368089639-EP2140023B1.pdf)

## Bienensterben

### EU-Länder wollen Neonikotinoide verbieten

■ In der Europäischen Union sollen Bienen künftig besser geschützt werden. Dafür beschlossen die EU-Mitgliedstaaten Ende April das Verbot von drei hochgiftigen Pflanzenschutzmitteln, die nach wissenschaftlichen Erkenntnissen für das Sterben ganzer Bienenvölker mit verantwortlich sind.

Der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissar Tonio Borg hatte vorgeschlagen, die drei sogenannten Neonikotinoide für den Anbau von Mais, Sonnenblumen, Raps sowie Baumwolle zunächst für zwei Jahre zu verbieten. Die gefährlichen Pestizide werden unter anderem von den Chemiekonzernen Bayer und Syngenta hergestellt. Bayer hatte das Verbot als unverhältnismäßig kritisiert.

Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA fordert seit Langem, die Neonikotinoide, mit denen Saatgut gebeizt wird, zu verbieten. Pflanzensamen, die mit den Chemikalien behandelt wurden, dürfen weder verkauft noch ausgesät werden, wenn das Verbot Ende dieses Jahres in Kraft tritt.

Europaabgeordnete verschiedener Parteien forderten auf Initiative der Grünen den zuständigen EU-Kommissar Tonio Borg auf, alle Neonikotinoide komplett zu verbieten. Die endgültige Entscheidung für die drei Pestizide liegt nun bei Borg, der ein Verbot befürwortet. [mbu]

- EU-Kommission zum Bienenschutz:  
[www.kurzlink.de/eu-kom-bienen05.2013](http://www.kurzlink.de/eu-kom-bienen05.2013)

## NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

### Artenschutz

## UN will strengere Strafen für Wilderer

■ Ende April hat die Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege der Vereinten Nationen (CCPCJ) den illegalen Handel mit Wildtieren und -pflanzen als schwere Straftat eingestuft.

Sie fordert nun Nationalstaaten auf, Wilderei als eine Form des organisierten Verbrechens anzuerkennen und Strafen gegen kriminelle Netzwerke, die vom Wildern profitieren, zu verschärfen. Durch die Entscheidung sollen der internationalen Strafverfolgung bessere Instrumente zur Ahndung der Wilderei gegeben werden.

So will die UN-Kommission vor allem die Durchsetzung der Bestrafung verbessern und die Verfolgung krimineller Netzwerke erleichtern. Überführten Wilderern drohen nun Haftstrafen von vier oder mehr Jahren. Für die Verfolgung illegalen Handels von Wildtieren und -pflanzen kann nun auch das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und

Verbrechensbekämpfung (UNODC) eine stärkere Rolle einnehmen. [ej]

- Mitteilung des UNODC:  
[www.kurzlink.de/unodc0413](http://www.kurzlink.de/unodc0413)
- Stellungnahme WWF:  
[www.kurzlink.de/wwf208396](http://www.kurzlink.de/wwf208396)

### Naturschutz

## Gerichtshof stärkt Natura-2000-Gebiete

■ Bedrohte Habitate des Natura-2000-Netzwerks dürfen für Entwicklungs- und Infrastrukturmaßnahmen nicht beschädigt werden. Dies urteilte der Gerichtshof der Europäischen Union im April.

Die Entscheidung des Gerichtshofs geht auf eine durch einen irischen Umweltschützer initiierte Anfrage des irischen Gerichtshofs zurück. In Irland wurde eine Autobahn geplant, die über die Hälfte des Natura-2000-Gebietes Limestone-Pavement, ein Karstgebiet, zerstört hätte. Auf die Anfrage, ab wann ein Bauprojekt die Intaktheit eines Natura-2000-Gebiets gefährde, urteilte der Gerichtshof der EU, in solchen Fällen habe das Vorsorgeprinzip zu gelten. Projekte, die den irreparablen Verlust eines Teils eines Natura-2000-Gebietes bedeuteten, dürfen demnach nicht genehmigt werden.

Die Entscheidung könnte weitreichende Auswirkungen für die Umsetzung der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie haben. „Das ist ein großer Sprung für den irischen und europäischen Naturschutz“, sagte Andrew Jackson von der irischen Umweltorganisation An Teiste. „Projekte, die Gebiete des Natura-2000-Netzwerkes beschädigen würden, dürfen nur noch unter sehr eingeschränkten Umständen durchgeführt werden. Das Urteil wird positive Auswirkungen auf den Naturschutz in ganz Europa haben.“ [ej]

- EuGH-Entscheidung:  
[www.kurzlink.de/eughc-258/11](http://www.kurzlink.de/eughc-258/11)
- Reaktion An Teiste: [www.kurzlink.de/at1104](http://www.kurzlink.de/at1104)

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## Wie Impulse

Nachhaltige Entwicklung basiert vor allem auf Nachhaltigem Wirtschaften. Hier werden praktische Ansätze dazu präsentiert – von Ökoeffizienz über Bioökonomik und Bionik bis hin zu nachhaltiger Produktgestaltung und Ressourcenwirtschaft. Dieses Buch unternimmt eine Standortbestimmung und Neuorientierung des traditionsreichen Faches der Warenlehre und bietet zugleich wichtige klimapolitische und nachhaltigkeitsbezogene Impulse.

R. Kiridus-Göller, E. K. Seifert (Hrsg.)  
**Evolution - Ware - Ökonomie**  
Bioökonomische Grundlagen zur Warenlehre  
324 Seiten, broschiert, 24,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-317-6

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## Grüne Infrastruktur

### Europas Lebensräume stärker vernetzen

■ Die Europäische Kommission hat im Mai eine Strategie zur Förderung der sogenannten grünen Infrastruktur angenommen. Demnach sollen künftig zentrale Politikbereiche wie die Agrar-, Verkehrs- und Raumpolitik verstärkt an Konzepten der grünen Infrastruktur ausgerichtet werden.

Grüne Infrastruktur bezeichnet Flächen und Strukturen, die vorhandene Lebensräume miteinander vernetzen. Sie sollen die natürlichen Funktionen von Ökosystemen unterstützen und biologische Vielfalt fördern. Die EU-Strategie zum Schutz der biologischen Vielfalt verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten, den Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahr 2020 zu stoppen und geschädigte Ökosysteme – soweit möglich – wiederherzustellen.

Laut EU-Kommission sollen grüne Infrastrukturmaßnahmen nun verstärkt zu diesem Vorhaben beitragen. Denn vor allem die Fragmentierung der Landschaft wirkt sich negativ auf den Erhalt der biologischen Vielfalt aus.

Bis Ende 2013 wird die EU-Kommission Leitlinien ausarbeiten, wie grüne Infrastrukturmaßnahmen in die relevanten

Politikbereiche einbezogen werden können. Bis Ende 2017 will die Kommission Empfehlungen für künftige Maßnahmen vorlegen. [ej]

► EU-Kommission: [www.kurzlink.de/komip-13-404](http://www.kurzlink.de/komip-13-404)

## Bundeskompensationsverordnung

### Kabinett beschließt Ausgleichszahlungen

■ Ende April hat das Bundeskabinett die Bundeskompensationsverordnung beschlossen. Sie regelt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in die Natur, wenn zum Beispiel Windkraftanlagen, Stromnetze oder Straßen gebaut werden. Die Verordnung soll bestehende Regelungen in den Ländern vereinheitlichen.

Werden Schutzgüter wie Biotope, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft und Klima erheblich beeinträchtigt, müssen Kompensationsmaßnahmen eingeleitet werden, um deren Funktion wiederherzustellen. Mitunter kann auch eine Ausgleichszahlung erfolgen. Diese bemisst sich am monetären Wert der Schutzgüter, der in einem separaten Verfahren ermittelt wird.

Außerdem sollen besondere Böden geschont und zuständige Landwirtschafts-

und Forstbehörden beteiligt werden, um landwirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen. Entsiegelung von Böden und Wiedervernetzung von Gebieten sollen als besondere Kompensationsmaßnahmen belohnt werden.

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordert, den Beschluss nachzubessern, da ein ausreichender Schutz von Natur und Landschaft nicht erreicht werden könne. „Eine Vereinheitlichung um jeden Preis darf es nicht geben. Der vorliegende Entwurf lässt vielerorts eine Absenkung des Schutzniveaus befürchten, was mit dem Argument der Vereinheitlichung und Transparenz kaschiert wird“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Nun wird der Bundesrat über die Verordnung beraten. [ej]

► Mitteilung BMU: [www.bmu.de/N49990](http://www.bmu.de/N49990)

► [www.kurzlink.de/nabubkvokr](http://www.kurzlink.de/nabubkvokr)

## Vogelschutz

### NABU startet Kampagne gegen Zugvogelmord

■ Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) hat Ende April eine Kampagne gegen Zugvogelmord Ägypten gestartet.

## Lust auf eine geistige Erfrischung?

### politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Es gibt Dinge, die sind erfrischend anders. Seit 25 Jahren verlässt die *politische ökologie* ausgetretene Denkpfade, spricht unliebsame Wahrheiten aus und inspiriert mit unorthodoxen Lösungsvorschlägen.



LESEPROBEN unter [www.oekom.de/politische-oekologie](http://www.oekom.de/politische-oekologie)



#### PROBEABO

Zwei Ausgaben für nur **18,50 Euro** statt 33,90 Euro (inkl. Versand innerhalb Deutschlands) unter [abo@oekom.de](mailto:abo@oekom.de)

**oekom**  
verlag



Damit will der Umweltverband auf den kommerziellen Vogelfang in Nordafrika aufmerksam machen.

Zuvor waren an der ägyptischen Mittelmeerküste Fangnetze in einer Länge von 700 Kilometern entdeckt worden. Von der libyschen Grenze bis zum Gaza-Streifen versperren die Netze Zugvögeln die Flugwege in ihre Überwinterungsgebiete. Pro Jahr sterben an dieser weltweit größten Vogelfanganlage schätzungsweise zehn Millionen Vögel, darunter auch viele von bedrohten Arten.

Deshalb hat der NABU eine Petition an Bundesregierung und die ägyptische Regierung gestartet und ruft Vogelfreunde dazu auf, diese zu unterzeichnen. [ej]

- ▶ NABU-PM: [www.kurzlink.de/nabuzvpm](http://www.kurzlink.de/nabuzvpm)
- ▶ NABU-Petition: [www.kurzlink.de/nabuzvpet](http://www.kurzlink.de/nabuzvpet)

## Deutschlands Biodiversitätsstrategie

### Mehr Anstrengungen sind nötig

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) hat Ende April den ersten Rechenschaftsbericht zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt veröffentlicht. Dort werden die Ziele der Nationalen Strategie für Biologische Vielfalt überprüft. Einmal pro Legislaturperiode wird festgelegt, wo weiterer Handlungsbedarf besteht.

Laut Bericht können die für 2015 und 2020 geltenden Ziele ohne zusätzliche Anstrengungen aller Voraussicht nach nicht erreicht werden. Obwohl die Reduzierung der Stickstoffüberschüsse in der Landwirtschaft, der EU-Verordnung gegen illegalen Holzeinschlag und der Rückgang der Flächeninanspruchnahme als Erfolge verzeichnet werden könnten, konnte der Rückgang der Artenvielfalt nicht aufgehalten werden.

Bei einigen Tierarten wie dem Fischotter, Biber, Seeadler und dem Kranich konnte jedoch eine Bestandsverbesserung festgestellt werden. Grundsätzlich hätten Belastungen für Biotope und Tier- und

Pflanzenarten jedoch nicht in ausreichendem Maße reduziert werden können. [ej]

- ▶ Rechenschaftsbericht: [www.bmu.de/N49866/](http://www.bmu.de/N49866/)
- ▶ Mitteilung BMU: [www.bmu.de/N49991/](http://www.bmu.de/N49991/)

## Energie- und Klimaziele 2030

### Energielobby will nachhaltig Torf verbrennen

■ Im Mai haben Vertreter der europäischen Torfindustrie, der Lobbyagentur Burson-Marsteller und der EU über die Rolle von Torf im Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“ gesprochen. Vertreter der Abbaubranche aus Finnland, Schweden, Deutschland und den baltischen EU-Staaten forderten dabei, Torf, der in Mooren entsteht, verstärkt als alternative Energiequelle zu nutzen.

Wie der Europäische Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily berichtet, vermarktet die Lobbyorganisation European Peat and Growing Media Association (EPAGMA) Torf als angeblich nachhaltige regionale Energiequelle, welche die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen stärken und Emissionen bei der Energieproduktion reduzieren könne. EPAGMA forderte laut Berichten von ENDS, die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Torf anders zu bemessen und den gesamten Lebenszyklus von Mooren in deren Berechnung aufzunehmen – die Berechnung also nicht nur auf dessen Verbrennung zu reduzieren. Dann, so würde eine Studie zeigen, wäre die Emissionsintensität von Torf niedriger als bisher angenommen. Denn durch geeignete Sanierungsmaßnahmen könnten Moore wieder zur Emissionsreduktion beitragen.

Umweltverbände sind von dem Vorstoß von EPAGMA entsetzt. Ariel Brunner von Birdlife International, dem Dachverband des Naturschutzbunds Deutschland (NABU), sagte laut ENDS, mit der gleichen Argumentation könne auch Kohle als nachhaltiger Rohstoff gepriesen werden, wenn etwa die Kohleminen durch Wiederaufforstung saniert würden. Worauf es ankäme, seien jedoch die Emissionen,

die bei der Verbrennung von Ressourcen entstehen. Bei der Verbrennung stößt Torf sogar mehr CO<sub>2</sub> aus als Kohle.

Moore sind heute in Deutschland stark bedrohte Lebensräume. Werden sie zerstört, entweichen große Mengen CO<sub>2</sub> und viele Arten verlieren ihren natürlichen Lebensraum. Umweltverbände setzen sich deshalb dafür ein, den Naturzustand der Moore zu erhalten oder wiederherzustellen. Deshalb hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nun einen Einkaufsführer für torffreie Erden veröffentlicht, der Hersteller listet, die in Deutschland torffreie Erden verkaufen.

Über das Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“ läuft derzeit eine Konsultation bei der EU. Auf Grundlage der Ergebnisse will die EU-Kommission über weitere Schritte entscheiden. [ej]

- ▶ ENDS Europe Daily, 15.04.2013: [www.endseurope.com](http://www.endseurope.com)
- ▶ Konsultation zum Grünbuch: [www.kurzlink.de/kongsb2030](http://www.kurzlink.de/kongsb2030)
- ▶ Einkaufsführer BUND: [www.kurzlink.de/efbund](http://www.kurzlink.de/efbund)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Geändertes Baugesetzbuch

#### Privileg für Großställe entfällt

■ Ende April hat der Bundestag fraktionsübergreifend eine Novellierung des Baugesetzbuches beschlossen. Damit ist der Bau großer gewerblicher Tierhaltungsanlagen nicht mehr privilegiert. Basierend auf dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz muss bei geplanten Ställen mit beispielsweise 15.000 Legehennen oder 1.500 Mastschweinen künftig ein standortbezogenes Bauleitplanverfahren durchgeführt werden. Kreise, Städte und Gemeinden erhalten außerdem ein Vetorecht. Primär sollen entsprechende Bauvorhaben innerhalb von Ortschaften realisiert werden, um den Verlust von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu begrenzen. Die zusätzli-

chen Auflagen gelten nicht für landwirtschaftliche Familienbetriebe. Der Bundesrat muss der Reform noch abschließend zustimmen. [hk]

- Überblick Gesetzesvorhaben:  
[www.kurzlink.de/novellebaurecht2013](http://www.kurzlink.de/novellebaurecht2013)

## Forderungen an Parteien

### Tierversuchsfrei als Wahlargument

Bundes-  
tagswahl  
2013

■ Anlässlich des Internationalen Tages zur Abschaffung der Tierversuche Ende April hat der Bundesverband Menschen für Tierrechte die Bundestagsfraktionen zum Paradigmenwechsel „Weg vom Tierversuch, hin zu tierversuchsfreien Verfahren“ aufgefordert. Die vorläufigen Wahlprogramme der Parteien würden zeigen, dass bisher nur Bündnis 90/Die Grünen und die SPD zur Reduzierung der Tierversuche und zur Förderung tierversuchsfreier Methoden Stellung bezogen haben. Aufgrund der anstehenden Bundestagswahl müssen die Parteien unbedingt entsprechende und aussagekräftige Förderkonzepte vorlegen können, „sonst sind sie im Sinne des Tierschutzes nicht wählbar“, sagt der Vorsitzende des Bundesverbandes Menschen für Tierrechte Kurt Simons. Bereits seit 1986 beinhaltet die EU-Tierversuchsrichtlinie das Ergreifen von Maßnahmen, um schlussendlich Tierversuche vollkommen zu ersetzen. [hk]

- [www.kurzlink.de/bv-tierversuchsg0413](http://www.kurzlink.de/bv-tierversuchsg0413)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### 7. Umweltaktionsprogramm

#### Umweltausschuss will mehr

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat im April den Kommissionsentwurf zum 7. Umweltaktionsprogramm

(UAP) an entscheidenden Stellen gestärkt und konkretisiert. Die Abgeordneten sprachen sich für verbindliche Ziele zur Emissionsreduktion, für erneuerbare Energien und Energiesparen bis 2030 aus.

Außerdem forderten sie die Entwicklung von Ressourcenschonungszielen und Fußabdruckindikatoren für die Bereiche CO<sub>2</sub>, Wasser, Fläche und Materialien. Beim Bodenschutz votierten die Abgeordneten für eine EU-weite rechtlich bindende Regelung, die Elemente des Kommissionsvorschlages zur Bodenschutzrahmenrichtlinie von 2006 enthalten soll. Die Nachhaltigkeit von Biomasse soll ebenfalls einen europäischen Rechtsrahmen bekommen.

Die Abgeordneten fordern auch eine zehnprozentige Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf Umweltverschmutzung und Ressourcennutzung bis 2020. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten bis 2015 konkrete Pläne zum Abbau umweltschädlicher Subventionen erstellen, deren Umsetzung über das Europäische Semester koordiniert werden soll.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte den Ausgang der Abstimmung, kritisierte aber, dass auch der Umweltausschuss nicht das Fehlen der Ziele und Substanz aus dem Kommissionsvorschlag hätte ausgleichen können. Es sei mehr Ehrgeiz nötig, um den heutigen Umweltherausforderungen adäquat zu begegnen. Die Entscheidung des Umweltausschusses bildet die Basis für die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament. Bis zum Sommer soll eine Einigung erzielt werden.

Ein DNR-Factsheet fasst den Gesetzgebungsprozess zum 7. UAP mit den wichtigsten Streitfragen und Positionen zusammen. [am, bv]

- [www.eu-koordination.de/PDF/factsheet-7uap.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/factsheet-7uap.pdf)

### Mehrjähriger Finanzrahmen

#### Startschuss für Trilog

■ Mitte Mai haben die Trilogverhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament über das EU-Budget 2014–2020 (MRF) begonnen. Der Rat und das Par-

lament einigten sich auf den Zeitrahmen und den Umfang der Verhandlungen. Sie zeigten sich optimistisch, bis Ende Juni eine Einigung erzielen zu können. Bedingung des EU-Parlaments für den Beginn der MFR-Verhandlungen war gewesen, Fortschritte bei den Verhandlungen zum Berichtigungshaushalt 2013 zu erzielen. Im Fokus der Verhandlungen zum MFR werden vier Aspekte stehen: Flexibilität-Revisionsklausel-Eigenmittel-Einheit des Haushalts. Die Trilogverhandlungen werden Ende Mai fortgesetzt (nach Redaktionsschluss). [am]

- [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/13/427)
- [www.kurzlink.de/pm-ep-budget-2013-05](http://www.kurzlink.de/pm-ep-budget-2013-05)

### Umweltsteuern

#### Deutschland EU-weit auf Platz 21

■ Das Statistische Amt der Europäischen Union EuroStat hat im April die Entwicklungen der Steuern in den einzelnen Mitgliedstaaten veröffentlicht. Danach stieg die Abgabenquote im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Steuern auf Arbeit blieben weiterhin die größte Quelle des Steueraufkommens, während Umweltsteuern mit maximal 4,1 Prozent nur einen geringen Anteil am BIP ausmachten. Laut den von EuroStat veröffentlichten Steuertrends in der EU 2013 machte der Anteil der Umweltsteuern in Deutschland 2011 2,3 Prozent vom BIP aus. Mit 1,4 Prozent betrug 2011 die Besteuerung von Kraftstoffen den größten Anteil, gefolgt von weiteren Energiesteuern und sonstigem Verkehr mit je einem Anteil von 0,4 Prozent des BIP. Damit ist der Anteil der Umweltsteuern in Deutschland im Vergleich zum Jahr 2010 (2,2 Prozent des BIP) leicht gestiegen und erreicht wieder den gleichen Anteil wie 2009. Deutschland liegt im europäischen Vergleich der Umweltsteuern im letzten Viertel auf Platz 21. Dänemark (4,1 Prozent), die Niederlande und Slowenien sind Spitzenreiter bei der Umweltsteuer in Europa.

In ihrer Nachhaltigkeitsstrategie fordert die EU die Mitgliedstaaten auf, weitere Schritte zur Verlagerung von Steuern auf Arbeit hin zu Steuern auf Ressourcen- und Energiekonsum und Umweltverschmutzung zu unternehmen. Die Expertenplattform Green Budget Europe zeigt in einer Studie zur CO<sub>2</sub>- und Energiesteuerreform in Europa die Vorteile von CO<sub>2</sub>- und Energiesteuern auf. [bv]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: STAT/13/68)
- ▶ [www.kurzlink.de/taxation-trends-2013](http://www.kurzlink.de/taxation-trends-2013)
- ▶ [www.foes.de](http://www.foes.de)

#### Unternehmenstransparenz

### Mehr Offenheit in Sozial- und Umweltbelangen verlangt

■ Die EU-Kommission hat im April einen Vorschlag zur Änderung der Rechnungslegungsrichtlinien vorgelegt, um die Transparenz bestimmter Großunternehmen in sozialen und ökologischen Belangen zu erhöhen. Die betroffenen Gesellschaften sollen demnach künftig ihre Grundsätze, Risiken und Ergebnisse in Bezug auf Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption und Bestechung

sowie Vielfalt in den Leitungs- und Kontrollorganen offenlegen. Die neuen Regeln sollen aber nur für große Unternehmen mit mehr als 500 MitarbeiterInnen gelten. Die Offenlegung darf auf Konzernebene erfolgen und muss nicht von den zugehörigen Einzelunternehmen geleistet werden. [UWD]

- ▶ [www.europa.eu/rapid/](http://www.europa.eu/rapid/) (Reference: IP/13/330)

#### Öffentliche Beschaffung

### Neue Internetplattform soll Nachhaltigkeit fördern

■ Anlässlich der 13. Jahreskonferenz des Nachhaltigkeitsrates im Mai hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ein neues Internetportal für nachhaltige Beschaffung öffentlicher Auftraggeber freigeschaltet. Das Portal soll die nachhaltige Beschaffung bei Bund, Ländern und Kommunen sowie den Informationsaustausch fördern. Die von der zuständigen Kompetenzstelle betriebene Internetseite mit umfangreichen Informationen, Leitfäden, Handelshilfen und Praxisbeispielen wird demnächst um ein Diskussionsforum ergänzt. Außerdem können Interessierte einen Newsletter abonnieren. Die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung schult und

informiert die Vergabestellen von Bund, Ländern und Kommunen. [hk]

- ▶ [www.nachhaltige-beschaffung.info](http://www.nachhaltige-beschaffung.info)

#### Europäische Bürgerinitiative

### Ökozid soll als Verbrechen anerkannt werden

■ Ein internationales Bündnis unter Federführung der englischen Rechtsanwältin und Autorin Polly Higgins will Ökozid zu einem Völkerrechtsverbrechen erklären lassen. Dieser Status würde eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag möglich machen. Ökozid ist die extreme Zerstörung der Umwelt, die eine Gefährdung des Lebens der Bewohner der betroffenen Region nach sich zieht.

Die Europäische Bürgerinitiative „Stoppen wir den Ökozid in Europa“ will erreichen, dass Ökozid für Unternehmen und Privatpersonen nach Strafrecht als Verbrechen gilt. Ziel ist eine EU-Richtlinie, die Ökozid sowohl in allen EU-Ländern als auch für alle Bürger und Konzerne der EU strafbar macht, egal wo diese handeln. Bis zum 21. Januar 2014 müssen mindestens eine Million UnterstützerInnen die Bür-



## Buddeln für eine bessere Welt

Terra Preta do Indio lautet der portugiesische Name für einen Stoff, dem man fantastische Eigenschaften zuschreibt. Die »Schwarzerde aus dem Regenwald« gilt nicht nur als der fruchtbarste Boden der Welt – sie kann obendrein den Klimawandel und die Hungerkrise lindern. Das Autorentrio Scheub, Pieplow und Schmidt hat das Wissen um die Wundererde in einem kundigen Führer zusammengetragen. Neben einer fundierten Gebrauchsanweisung zur Herstellung von Terra Preta informiert das Buch über die Grundprinzipien von Klimafarming und Kreislaufwirtschaft.

U. Scheub, H. Pieplow und H.-P. Schmidt

### Terra Preta

Die schwarze Revolution aus dem Regenwald

208 Seiten, Klappenbroschur, komplett in Farbe, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-407-4  
Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft



gerinitiative unterzeichnen. Außerdem ist in sieben EU-Staaten eine Mindestanzahl von Unterschriften abzugeben. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, muss die EU sich mit dem Anliegen auseinandersetzen. [fc]

- ▶ [www.endecocide.eu/](http://www.endecocide.eu/)
- ▶ Steckbrief EU-Koordination:  
[www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ebi.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ebi.pdf)

### Zugang zu Gerichten

## EU fordert europäische Standards von Deutschland

■ Die EU-Kommission hat im April eine begründete Stellungnahme an Deutschland übermittelt, um Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Einzelpersonen in Umweltfragen Zugang zu Gerichten zu gewähren. Hierbei handelt es sich um die zweite Stufe eines maximal dreistufigen Vertragsverletzungsverfahrens.

In Deutschland würden die Gesetze über den Zugang zur Justiz bei Entscheidungen im Umweltbereich nicht den europäischen Standards entsprechen. Die Kommission stellte Mängel im Hinblick auf den Zugang zur Justiz von Einzelpersonen und NGOs insbesondere unter der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei geplanten Projekten (UVP-RL) oder die Richtlinie zur Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung durch industrielle Emissionen (IVU-RL) fest. Die von Deutschland bezüglich des Rechtszugs kürzlich erlassenen neuen Gesetze würden die bestehenden Mängel aus Sicht der EU-Kommission nicht beseitigen.

Die EU-Kommission bezieht auch die Beschwerde der rheinland-pfälzischen Gemeinde Altrip wegen mangelhafter Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten der Bürger durch die Präklusionsvorschriften mit in das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein (siehe umwelt aktuell 2012/12). Nach Auffassung der Umweltverbände ist die im deutschen Planungsrecht verankerte Präklusionshürde eine europarechtswidrige Beschränkung

der gerichtlichen Kontrolle. Präklusionsvorschriften verpflichten Bürger, bei der Planung eines umweltrelevanten Vorhabens Einwendungen innerhalb einer Frist von zumeist zwei Wochen nach der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen zu erheben. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen und den Bürgern stehen keine klagefähigen Rechtspositionen mehr zu. Sie können also nach Ablauf der Frist keinen Einspruch mehr erheben.

Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, Stellung zu den Ausführungen der Kommission zu nehmen. Sollte die EU-Kommission während dieser Frist keine zufriedenstellende Antwort erhalten, kann sie beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen Deutschland einreichen. [bv]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: MEMO/13/375)
- ▶ Rechtsanwälte Gemeinde Altrip:  
[www.baumann-rechtsanwaelte.de](http://www.baumann-rechtsanwaelte.de)

### Ethik

## Leitlinien zu Spendenmailing

■ Das Deutsche Institut für soziale Fragen (DZI) und die Entwicklungsorganisation VENRO haben im Mai eine Handreichung zur Ethik in Spendenmailings herausgegeben. Gemeinnützige Organisationen bekommen ihre benötigten finanziellen Mittel oft über Spenden.

Doch ohne Aufruf und Werbung gibt es keine Spenden und Nichtregierungsorganisationen (NGO) stehen im Wettbewerb um die Spenden. Die Spenden-Siegel-Leitlinien des DZI und die VENRO-Kodizes (VENRO Verhaltenskodex, Kodex entwicklungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit) setzen Maßstäbe für NGOs zur wahren, klaren und sachlichen Öffentlichkeitsarbeit und Werbung. Die Handreichung soll eine praxisgerechte Ausgestaltung und Anwendung der genannten Leitlinien und Kodizes erleichtern. Auch um Fotorechte, grafische Gestaltung und eine anschauliche Sprache geht es in der Publikation. [bv]

- ▶ [www.kurzlink.de/ethik-spendenmailing](http://www.kurzlink.de/ethik-spendenmailing)

### Enquete-Kommission

## Wie wird Wohlstand neu definiert?

■ Wo sind die Grenzen des Wachstums? Mit dieser und weiteren Fragen zu einer Neudefinition des Wohlstands hat sich zwei Jahre lang die Enquetekommission zu „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ beschäftigt. Mitte Mai hat sie ihren Abschlussbericht vorgestellt.

Einig sind sich die Parlamentarier, dass in Bereichen wie Klimawandel, Artenvielfalt und Übersäuerung der Ozeane die Grenzen der Umweltnutzung bereits überschritten sind.

Eine endgültige Antwort darauf, wie Wohlstand in Deutschland neben dem traditionellen Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen werden kann, konnte das Gremium des Bundestages jedoch nicht geben. Die 17 Abgeordneten aller Bundestagsfraktionen entwickelten aber einen zehnteiligen Indikatorenkatalog, neun „Warnlampen“ und eine „Hinweislampe“.

Zusammengenommen bilden sie ein Modell, mit dem Lebensqualität unter ökologischen und nachhaltigen Gesichtspunkten beschrieben wird. Die Bundesregierung soll nun jährlich nicht nur zum BIP, sondern auch zum ökologischen Fußabdruck und einer sozialen Komponente Stellung nehmen. Die Grenzen der Umwelt seien auch die Grenzen unseres Handelns, betonte die Vorsitzende der Kommission Daniela Kolbe (SPD). Darin seien sich alle Abgeordneten einig gewesen.

Unstimmigkeiten zwischen den Parteien haben die Arbeit der Enquetekommission in den vergangenen Monaten überschattet. Die Grünen und die Linkspartei lehnen den Kriterienkatalog als zu wirr und komplex ab. Die Koalition habe sich gescheut, konkrete Handlungsforderungen festzusetzen, kritisierte Grünen-Obmann und Mitglied der Enquetekommission Hermann Ott. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/PM-Bundestag](http://www.kurzlink.de/PM-Bundestag)
- ▶ [www.klimaretter.info/politik/hintergrund/13461](http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/13461)
- ▶ [www.welt.de/wirtschaft/article115308806](http://www.welt.de/wirtschaft/article115308806)



## VERKEHR &amp; TOURISMUS

## Schadstoffausstoß

Neue CO<sub>2</sub>-Grenzen für Pkws

■ Ende April hat sich der Umweltausschuss des EU-Parlaments auf neue CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Pkws geeinigt. Neuwagen sollen ab 2020 nur noch 95 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer (CO<sub>2</sub>/km) ausstoßen, ab 2025 höchstens 78 Gramm CO<sub>2</sub>/km. Die Verordnung gilt als eines der wichtigsten verkehrspolitischen Instrumente der nächsten 15 Jahre. Autos verursachen circa zwölf Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in der EU. Der Ausschuss beschloss auch sogenannte Supercredits für Autos, die weniger als 50 Gramm CO<sub>2</sub>/km ausstoßen.

Der NABU kritisierte die Grenzwerte als unnötig hoch. „78 Gramm je Kilometer als Vorgabe für Autos, die erst in zwölf Jahren auf den Markt kommen, ist inakzeptabel, da dieser Wert bereits heute von einigen Fahrzeugen mit herkömmlicher Technik erreicht wird“, sagte NABU-Verkehrsexperte Dietmar Oeliger.

Auch das Zertifizierungssystem mit Supercredits steht in der Kritik: „Dadurch sinkt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines Herstellers auf dem Papier erheblich, de facto aber steigen die Verbräuche und CO<sub>2</sub>-Emissionen für Autos mit Verbrennungsmotor“, sagte Greenpeace-Autoexperte Wolfgang Lohbeck. Aus Protest gegen das Zertifizierungssystem hatten Mitglieder von Greenpeace Mitte Mai das Dach des Bundesumweltministeriums (BMU) in Berlin besetzt. In einem anschließenden Gespräch mit den AktivistInnen verteidigte Bundesumweltminister Peter Altmeier den Vorschlag. „Durch die Supercredits wird kurzfristig minimal weniger CO<sub>2</sub> eingespart. Aber mittel- und langfristig entstehen so neue Technologien, mit denen wir sehr viel mehr CO<sub>2</sub> einsparen können“, sagte Altmaier. [ej]

- ▶ [www.kurzlink.de/epenvi24-04-2013](http://www.kurzlink.de/epenvi24-04-2013)
- ▶ Greenpeace: [www.kurzlink.de/gpscckpw](http://www.kurzlink.de/gpscckpw)
- ▶ NABU: [www.kurzlink.de/nabu2404](http://www.kurzlink.de/nabu2404)
- ▶ BMU: [www.kurzlink.de/bmuultscgp](http://www.kurzlink.de/bmuultscgp)

## Tourismus

Praxisleitfaden  
Naturtourismus

■ Der Tourismusverband Ökologischer Tourismus für Europa (ÖTE) hat Umsetzungsstrategien zur Förderung von Naturtourismus veröffentlicht. Der Praxisleitfaden „Tourismus & Biologische Vielfalt“ soll Akteuren aus Tourismus und Naturschutz Instrumente zur Entwicklung naturtouristischer Angebote an die Hand geben.

Er umfasst die Themenfelder Kommunikation, Kooperation und Netzwerkbildung, Ausbildung und Qualitätssicherung sowie Vermarktung von Angeboten im Naturtourismus. So sollen Akteure aus Naturschutz und Tourismus stärker verknüpft werden. [ej]

- ▶ Praxisleitfaden des ÖTE:  
[www.kurzlink.de/plftourbiodiv](http://www.kurzlink.de/plftourbiodiv)

## Spritverbrauch

## Die Tricks der Autobauer

■ Der Spritverbrauch, den Autohersteller für Neuwagen angeben, weicht oft stark vom tatsächlichen Verbrauch der Autos ab. Der Umweltverband Deutsche Umwelthilfe (DUH) stellte bei einer Untersuchung Abweichungen von bis zu 42 Prozent fest. Seit Einführung der Kfz-Steuer, die auch den CO<sub>2</sub>-Ausstoß einbezieht, würden sich Herstellerangaben immer weiter vom tatsächlichen Verbrauch entfernen.

Laut DUH reichen die Mittel zu Manipulation der Angaben von technischen Tricks bei der Messung des Spritverbrauchs bis zu rechtswidriger Manipulation. So koppeln einige Hersteller bei Tests die Lichtmaschine ab, sodass kein Kraftstoff für das Aufladen der Batterie verbraucht wird, oder sie bauen Ausstattungselemente aus, um das Gewicht der Autos zu verringern.

Deshalb fordert die DUH rechtliche Regelungen zur Verhinderung und gegebenenfalls Bestrafung von manipulierten Normverbräuchen. Außerdem sollten Tests

zukünftig unter realistischen Fahrbedingungen und nicht unter Laborbedingungen stattfinden. „Die Bundesregierung hat dem Treiben der Autohersteller schon viel zu lange tatenlos zugesehen. Bei offensichtlich fehlerhaften Angaben muss sie behördliche Nachmessungen unter realen Bedingungen veranlassen und somit Klima, Verbraucher und den Steuersäckel vor diesen Machenschaften schützen“, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. [ej]

- ▶ Mitteilung und Ergebnisse der DUH:  
[www.kurzlink.de/duh1605](http://www.kurzlink.de/duh1605)

## Berliner Stadtautobahn

## Mehr Geld für A 100

■ Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und der Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Michael Müller, haben Anfang Mai den Startschuss für den 16. Bauabschnitt der A 100 gegeben. Dieser wird nun zusätzlich mit 80 Millionen Euro aus den Mitteln des zweiten Infrastrukturbeschleunigungsprogramms der Bundesregierung gefördert. Der 16. Bauabschnitt der A 100 ist etwa drei Kilometer lang und kostet circa eine halbe Milliarde Euro. [ej]

- ▶ [www.kurzlink.de/bmvbs16a100](http://www.kurzlink.de/bmvbs16a100)

## WASSER &amp; MEERE

## Arktis

Arktischer Rat gewinnt an  
Bedeutung

■ Der Arktische Rat hat Mitte Mai in Nordschweden getagt. Die acht Arktisanrainerstaaten Russland, USA, Kanada, Norwegen, Dänemark, Island, Schweden und Finnland einigten sich gemeinsam mit Organisationen indigener Völker auf eine verbindliche Vereinbarung zur Vorberei-

## Boomende Nachfrage, schrumpfende Reserven

Ohne Öl keine erdumspannende Mobilität, ohne Seltene Erden keine Handys. Wie ein Junkie von seiner Droge ist unsere Zivilisation abhängig von den Schätzen, die die Erde birgt. Doch die Anzeichen mehren sich, dass die Zeit billiger Rohstoffe bald vorbei sein wird. Wie wird sich die Wirtschaft entwickeln, wenn sich die Fördermengen der wichtigsten Rohstoffe nicht mehr steigern lassen? Welchen Beitrag können Urban Mining und Recycling leisten? Unterstützt von 15 Experten liefert der Chemiker Ugo Bardi eine umfassende Bestandsaufnahme der Rohstoffsituation unseres Planeten.

U. Bardi

### Der geplünderte Planet

Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen

360 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 22,95 Euro, ISBN 978-3-86581-410-4



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)



tung und Reaktion auf Ölkatastrophen in der Arktis. Die Arktis-Staaten wollen sich bei möglichen Ölkatastrophen unterstützen. Eine Task Force soll bis 2015 einen Aktionsplan zur Vermeidung von Ölpesten vorbereiten.

ForscherInnen der Universität Göteborg legten dem Rat eine Studie zur Versauerung des arktischen Meers infolge des Klimawandels vor. Darin warnen die AutorInnen vor den verheerenden Auswirkungen eines niedrigen pH-Werts für Biodiversität und Ökosysteme.

Insgesamt zeichnet sich eine steigende Bedeutung des Gremiums ab. 13 Länder beantragten Beobachterstatus. Während sechs Staaten, darunter Indien und China einen Beobachterstatus erhielten, vertrösteten die Arktis-Anrainer die EU auf das nächste Treffen in zwei Jahren. [am]

► [www.arctic-council.org](http://www.arctic-council.org)

### EU-Fischereireform

## Verhandlungen gehen in die letzte Runde

■ Die Fischereiminister haben der irischen Ratspräsidentschaft Mitte Mai ein neues Mandat für Verhandlungen mit dem EU-Parlament über die Gemeinsame Fischereipolitik erteilt. In 36-stündigen Verhandlungen kamen die Minister in einigen Punkten dem Parlament entgegen. So sollen nur noch fünf statt sieben Prozent von ungewolltem Beifang zurückgeworfen werden dürfen.

Außerdem sollen Quoten künftig nach dem Prinzip des höchstmöglichen Dauerertrags (Maximum Sustainable Yield) gestaltet und die Fischbestände wiederhergestellt werden. Für die Erholung der Fischbestände wurde allerdings kein Zieldatum vereinbart.

Die deutsche Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner bezeichnete das Verhandlungsergebnis Medienberichten zufolge als das Höchstmaß dessen, was im Rat erreichbar war. Die Minister hätten sich weit auf das EU-Parlament zubewegt. Die zuständi-

ge Berichterstatterin im EU-Parlament Ulrike Rodust (SPD) erkannte dies an, hätte sich aber von den MinisterInnen in einigen Punkten noch mehr Mut gewünscht.

Das NGO-Bündnis OCEAN2012 kritisierte, dass ohne ein Zieldatum für die Wiederherstellung der Fischbestände keine Basis für die Festlegung konkreter Fangquoten geschaffen sei. Erst diese würde eine Erholung der Bestände ermöglichen.

Die irische Ratspräsidentschaft will die Verhandlungen noch bis Ende Juni abschließen. [am]

► OCEAN 2012: [www.kurzlink.de/rat-gfp-150513](http://www.kurzlink.de/rat-gfp-150513)

► OCEAN 2012, Deutschland-Koordinatorin Dr. Nina Wolff, Berlin, +49 (0)30 / 2400867-84, E-Mail: [wolff@duh.de](mailto:wolff@duh.de), [www.duh.de](http://www.duh.de), [www.ocean2012.org](http://www.ocean2012.org)

### Fischzucht

## Fischerei künftig mit Kultur?

■ Die Europäische Kommission will die Rolle von Aquakulturen in der EU-Fischerei stärken und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten voranbringen. Legislative Maßnahmen sind nicht geplant. Im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung sollen positive Praxisbeispiele aus den Mitgliedstaaten ausgetauscht werden.

Außerdem hat die Kommission Leitlinien für Regelungen zu Aquakulturen veröffentlicht. Darin fordert sie eine Vereinfachung der Zulassungen für Aquakulturen. Außerdem sollen Aquakulturen leichteren Zugang zu Gewässern bekommen und die Umweltauswirkungen minimiert werden.

Die Kommission sieht Aquakulturen als eine nachhaltige Alternative zur Meeresfischerei. Umweltschützer üben aber immer wieder Kritik an der Aufzucht von Fischen – etwa, wenn diese mit Wildfischen gefüttert oder Antibiotika vorbeugend eingesetzt werden. Dabei bleibt der ökologische Aspekt auf der Strecke. [am]

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (IP-13-381)

## Atlantik

### EU-Kommission will Meereswirtschaft ankurbeln

■ Nachhaltiges Wachstum in der Küstenregion und die „blaue Wirtschaft“ stärken: Dies sind die Ziele der EU-Kommission in ihrem Aktionsplan zur Wiederbelebung der marinen und maritimen Wirtschaft im atlantischen Raum. Der im Mai veröffentlichte Plan stützt sich auf die Strategie für den atlantischen Raum von 2011. Die EU-Mitgliedstaaten, ihre Regionen und die Kommission sollen zum einen die Umwelt und die ökologische Stabilität im atlantischen Raum schützen, zum anderen das Potenzial der „blauen Wirtschaft“ nutzen, um bis zu sieben Millionen Arbeitsplätze in Europa bis 2020 zu schaffen. Maßnahmen sollen den Tourismus, den Bau von Offshoreanlagen und die Ausbildung in der maritimen Industrie fördern. Auch sind die Atlantik-Mitgliedstaaten angehalten, bei der Meeresforschung intensiver zusammenzuarbeiten, um die Auswirkungen des Klimawandels besser einzuschätzen.

Der Aktionsplan ist Teil der EU-Strategie „Blaues Wachstum“ und wird im nächsten Schritt dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Prüfung vorgelegt. Ende Mai hat die EU eine gemeinsame Erklärung für eine atlantische Forschungspartnerschaft mit den USA und Kanada unterzeichnet. [es]

- ▶ Aktionsplan (engl.): [www.kurzlink.de/com-atlant-ap-0513](http://www.kurzlink.de/com-atlant-ap-0513)

## Grundwasser

### Richtlinie wird überarbeitet

■ Die EU-Kommission bereitet die Überarbeitung der Grundwasserrichtlinie vor. Im Sommer soll dazu eine öffentliche Konsultation geschaltet werden. Bis Ende April hatte die Kommission dazu aufgerufen, Studien und wissenschaftliche Berichte zur Belastung von Grundwasser mit Schadstoffen einzureichen. Diese sollen als Grundlage für die Reform dienen. Die

Grundwasserrichtlinie ist eine Tochterrichtlinie der Wasserrahmenrichtlinie und legt Standards und Maßnahmen für die Sicherung der Grundwasserqualität fest. Die Grenzwerte für Schadstoffeinträge müssen alle sechs Jahre novelliert werden. [am]

- ▶ EU-Kommission zur Grundwasserrichtlinie: [www.kurzlink.de/com-groundwat-dir](http://www.kurzlink.de/com-groundwat-dir)

## Wasserqualität

### Europäische Gewässer eine Wonne für Wasserratten

■ Nur sechs Prozent der EU-Gewässer sind beim diesjährigen Badegewässertest durchgefallen. Das sind zwei Prozent weniger als letztes Jahr. An 78 Prozent der Badestellen ist die Wasserqualität laut der Europäischen Umweltagentur (EEA) hervorragend. In ganz Deutschland erfüllen nur acht Badestellen die EU-Standards nicht, über 88 Prozent der Badestellen werden als hervorragend bewertet. Letztes Jahr waren noch 15 deutsche Badestellen durchgefallen. Schlusslichter bei der Badegewässerqualität sind Belgien, die Niederlande und Großbritannien.

Den Bericht zur Qualität der europäischen Badegewässer veröffentlicht die Europäische Umweltagentur jedes Jahr im Mai. Die Qualität hat sich dabei in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. [am]

- ▶ EEA zu Badewasserqualität: [www.kurzlink.de/eea-eu-wasserqualit](http://www.kurzlink.de/eea-eu-wasserqualit)

## Flusspolitik

### Kooperation statt Vertiefung?

■ Die Umweltstiftung WWF schlägt im Streit um die geplanten Vertiefungen von Elbe und Weser vor, den Tiefseehafen JadeWeserPort in Wilhelmshaven zu einem Umschlagplatz für Container von großen auf kleinere Schiffe zu machen. Durch das Umladen sollen dann auch sehr große Schiffe tidenunabhängig die Weser und

Elbe befahren können, ohne dass diese vertieft werden müssten. Der WWF argumentiert auch mit Kosteneinsparungen. So könnten die freiwerdenden Mittel in die Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals investiert werden. Außerdem mache die Kooperation Deutschland als Hafenstandort insgesamt attraktiver, glaubt der WWF. Vertreter der Hamburger Hafenwirtschaft reagierten Medienberichten zufolge skeptisch auf den Vorschlag.

In der Vergangenheit gab es eine solche Kooperation zwischen den norddeutschen Häfen schon einmal. Kurz nach dem Bau des JadeWeserPorts stiegen jedoch erst Hamburg und dann Bremen aus dem Kooperationsabkommen aus.

Das Verfahren über die Rechtmäßigkeit der Elbvertiefung ist Mitte Mai angelaufen. Umweltverbände hatten wegen Verstoßes gegen europäisches Naturschutzrecht geklagt. [am]

- ▶ WWF-Studie: [www.kurzlink.de/wwf-hafenkop-130513](http://www.kurzlink.de/wwf-hafenkop-130513)
- ▶ Aktionsbündnis NABU, BUND und WWF: [www.lebendige-tideelbe.de/](http://www.lebendige-tideelbe.de/)

## WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

## Ressourceneffizienz

### EU-Experten arbeiten an Empfehlungen

■ Am 24. April hat das Treffen der Europäischen Ressourceneffizienzplattform in Brüssel stattgefunden. Die Teilnehmer diskutierten unter anderem die Reduzierung von Abfall und die Förderung von hochwertigem Recycling. Weiter wollen sie einen Produktausweis einführen, der den Verbraucher genau über Herkunft und Eigenschaften von Produktbestandteilen informiert, und eine einheitliche Methode zur Messung der Umwelt- und Ressourcenauswirkung von Produkten vorantreiben. Ziel der Plattform ist es, die Europäische Union in der Umsetzung der

Europa-2020-Ziele im Bereich Ressourceneffizienz zu unterstützen. Im Juni wird die Plattform dann ihre ersten Empfehlungen abgeben. Wie der Umweltnachrichtendienst ENDS jedoch berichtete, besteht die Möglichkeit, dass diese Empfehlungen keine konkreten Ziele beinhalten werden. Dies stellt besonders für die Kommission ein Problem dar, die sehr auf Empfehlungen der Plattform gehofft hatte. Die Plattform besteht aus hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und NGOs. [lr]

► [www.kurzlink.de/res-eff-plattform](http://www.kurzlink.de/res-eff-plattform)

#### UN-Ressourcenrat

### Metalle nachhaltig nutzen

■ Ende April hat das 12. Treffen des Ressourcenrats der Vereinten Nationen in Berlin stattgefunden. Fokus des Treffens lag auf Ressourceneffizienz und auf dem nachhaltigen Management von Metallressourcen.

Im Zuge des Treffens stellten die Wissenschaftler des UN-Ressourcenrates zwei neue Berichte zum steigenden Rohstoffverbrauch im Metallbereich vor. Der erste Bericht trägt den Titel „Risiken und Herausforderungen für die Umwelt durch die von Menschen verursachten Metallströme und -kreisläufe“ und zeigt die Umweltprobleme auf, die durch Metallnutzung entstehen und erörtert die Möglichkeiten, diese durch besseres Recycling zu bekämpfen. Der zweite Bericht, „Metallrecycling – Möglichkeiten, Grenzen, Infrastruktur“, baut diese Lösungsansätze weiter aus und konzentriert sich vor allem auf einen produktzentrierten Ansatz.

Warum gerade effizientere Lösungen für das Recycling und die Nutzung von Metall dringend notwendig sind, verdeutlicht Achim Steiner, UN-Untergeneralsekretär und UNEP-Exekutivdirektor: „Da die Bevölkerung in den Schwellenländern zunehmend ähnliche Technologien einsetzt und ihren Lebensstil dem der Menschen in den OECD-Ländern anpasst, wird der globale Bedarf an Metallen drei bis neun

Mal größer sein als der Umfang aller zurzeit weltweit verwendeten Metalle.“ [lr]

► [www.kurzlink.de/pm-un-ressourcenrat](http://www.kurzlink.de/pm-un-ressourcenrat)

#### Goldgewinnung

### Chilenisches Gericht stoppt Goldriesen

■ Ende April hat ein Gericht in Santiago de Chile den geplanten Goldabbau in der Atacama-Region gestoppt. Das kanadische Unternehmen Barrick Gold, einer der größten Goldproduzenten der Welt, hofft auf große Gewinne durch den Goldabbau in der Pascua-Lama-Mine. Laut dem Unternehmen befinden sich dort 17,8 Millionen Unzen Gold. Seit Jahren versuchen Anwohner und Umweltschützer den Abbau zu verhindern, sie befürchten die Verschmutzung der nahe gelegenen Gletscher und Flüsse. Das Urteil des chilenischen Gerichts ist ein großer Erfolg, jedoch kann es den Abbau nicht endgültig verhindern. 2014 können die Arbeiten fortgesetzt werden, wenn die Umweltauflagen zum Schutz der Umgebung erfüllt sind. [lr]

► [www.kurzlink.de/taz\\_goldabbau](http://www.kurzlink.de/taz_goldabbau)

#### Unternehmensführung

### Ratings fördern Nachhaltigkeit

■ Nachhaltige Kapitalanlagen und Nachhaltigkeitsratings sind ein wichtiger Hebel, damit sich Unternehmen verstärkt für eine nachhaltige Entwicklung engagieren. Das ist das Ergebnis einer Studie der Ratingagentur oekom research vom Mai. Demnach gaben zwei Drittel der befragten Unternehmen an, die Anforderungen von Nachhaltigkeitsratingagenturen seien ausschlaggebend dafür gewesen, dass sie sich mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigten. [mbu]

► oekom Impact-Studie:  
[www.kurzlink.de/nachhalt-rating2013](http://www.kurzlink.de/nachhalt-rating2013).

## Die Welt in 40 Jahren

»Der Club of Rome hat mit seinem Buch »Die Grenzen des Wachstums« die Welt verändert« (FAZ). Jetzt hat Jorgen Randers, einer der Co-Autoren des Reports von 1972, nachgelegt. Welche Nationen werden ihren Wohlstand halten? Wie wird sich der Übergang zur wirtschaftlichen Vorherrschaft Chinas gestalten? Kann die Demokratie die großen Menschheitsprobleme lösen? Die Zukunft wartet mit gewaltigen Herausforderungen auf, sie zu meistern wird unsere Jahrhundertaufgabe sein. »2052« liefert hierzu die (über)lebensnotwendigen Grundlagen.

J. Randers

#### 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome

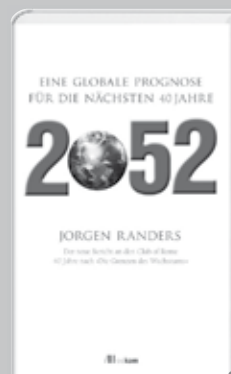
Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre

432 Seiten, Hardcover, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-398-5



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)





## Klimabedingte Migration – Lösungen für die Zukunft

Die Auswirkungen des Klimawandels sind zahlreich und vielschichtig. Zu den Folgen gehört auch, dass sich die durch den Klimawandel verursachte Migration verstärken wird. Desertifikation und Bodendegradation, Überschwemmungen und Wirbelstürme sind nur einige Katastrophen, die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. Die Frage ist, wie die Gesellschaft damit umgehen wird.

■ Mitte Mai hat die Klima-Allianz Deutschland gemeinsam mit dem Jugendrotkreuz in Berlin einen Workshop mit dem Titel „Klimabedingte Migration – Auf der Suche nach Lösungen für die Zukunft“ durchgeführt. Ziel der Veranstaltung war es, das Ausmaß dieses komplexen Themas zu erfassen und zu diskutieren, was es für die Bevölkerung der Erde bedeutet. Mehr als 30 Teilnehmer haben gemeinsam versucht, Lösungsansätze für dieses Problem zu entwickeln. Um die Diskussion anzustoßen, gab es mehrere Vorträge.

### Wie fördert der Klimawandel Migration?

Zunächst hat Jan Kowalzig, Experte für Klimawandel und Klimapolitik der Entwicklungsorganisation Oxfam Deutschland, eine Einführung in das Thema gegeben. Steigende Nahrungsmittelpreise, mangelnde Wasserversorgung, der Anstieg des Meeresspiegels und die Zunahme von Naturkatastrophen, die Zerstörung von Ökosystemen sowie eine stärkere Ausbreitung von Krankheiten seien allesamt Phänomene, die vom Klimawandel verstärkt werden, lautete seine Eingangsthese.

Am meisten sind hiervon die ärmsten Länder der Welt betroffen. All diese Entwicklungen werden in Zukunft immer mehr Migrations- und Fluchtbewegungen auslösen. Dabei geht es ebenso um temporäre Flucht aufgrund von Naturkatastrophen wie um eine Migration als Reaktion auf schleichende Prozesse wie steigende Wasserknappheit oder das Wegbrechen von Erwerbsmöglichkeiten.

Migranten und Flüchtlinge können aber auch durch völlige Zerstörung aus ihrem Lebensraum vertrieben werden, etwa durch Desertifikation, also dem Vordringen von Wüsten in von Menschen genutzte Gebiete, oder dem Meeresspiegelanstieg, der ganze Inseln verschluckt.

Dies bedeutet nicht, dass die Folgen des Klimawandels die einzigen Beweggründe für Menschen sind, ihre Heimat zu verlassen, jedoch wirkt der Klimawandel als verstärkender Faktor. Laut Kowalzig ist es wichtig, ambitionierten Klimaschutz zu betreiben, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken oder sie zumindest in ihrem Ausmaß einzudämmen.

### Initiativen auf globaler Ebene

Petra Stephan, Referat Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Kindernothilfe, stellte vor allem die Rolle von Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund, die meist besonders stark unter diesen Entwicklungen leiden. Der rechtliche Rahmen für klimabedingte Migranten ist bisher noch nicht sehr klar definiert und es gibt wenige Maßnahmen, die bindend sind.

Sophia Wirsching, Expertin für Migration und Entwicklung bei Brot für die Welt, erläuterte anschaulich die rechtliche Lage. Demnach schließt die Genfer Flüchtlingskonvention und das daraus resultierende internationale Flüchtlingsregime durch Klimawandel induzierte Migration nicht in ihrer Flüchtlingsdefinition mit ein. Es muss jedoch andere Ansätze geben, Klimawandel als Ursache von Migration anzuerkennen, und zwar außerhalb der Flüchtlingskonvention.

Eine Änderung dieses wichtigen Regimes könnte einige Staaten dazu veranlassen, die Teilnahme daran zu überdenken, wodurch der Schutz von Flüchtlingen in Gefahr geriete. Einen interessanten Ansatz bietet hier die Nansen-Initiative. 2011 von der Schweiz und Norwegen ins Leben gerufen, können weitere Staaten sich auf freiwilliger Basis anschließen. Durch regionale, zwischenstaatliche Konsultationen soll ein globaler Prozess entstehen, der Klimaflucht und Klima-

migration auf die internationale Agenda setzt und ein Schutzsystem für die Opfer von Naturkatastrophen und den Folgen des Klimawandels etabliert.

### Was können wir tun?

Neben diesen globalen Ambitionen kommt die Frage auf, was hier und jetzt getan werden kann, um dieses komplexe Thema anzugehen. In kleinen Diskussionsgruppen haben die Teilnehmer des Workshops Ideen gesammelt und debattiert. Ein Ergebnis: Es ist wichtig, das Thema in die öffentliche Debatte einzubringen.

Oftmals steht zwar der Klimawandel im Fokus der Öffentlichkeit, jedoch wird Migration als Folgeeffekt selten thematisiert. Möglichkeiten dies zu ändern, sehen die Teilnehmer des Workshops in Kooperation zwischen den Verbänden in Form von gemeinsamen Kampagnen, Positionspapieren oder Stellungnahmen.

Des Weiteren sei es wichtig, das Thema in die alltägliche Arbeit mitzunehmen und so für Möglichkeiten, klimabedingte Migration in die eigene Arbeit einzubringen, sensibilisiert zu werden. Zusätzlich ist es wichtig innerhalb der Gesellschaft ein Bewusstsein für dieses Thema zu schaffen. Hier muss früh angesetzt werden. Bildung ist hier das wichtigste Element. Ein gutes Beispiel ist die während des Workshops vorgestellte Kampagne „Klimahelfer“ des Jugendrotkreuzes, in der unter anderem das Thema Klimaflüchtlinge für Jugendliche übersetzt wird.

[Lavinia Roveran]

- ▶ Lavinia Roveran, DNR, Berlin  
E-Mail: [lavinia.roveran@dnr.de](mailto:lavinia.roveran@dnr.de)
- ▶ [www.klima-allianz.de](http://www.klima-allianz.de)
- ▶ [www.nanseninitiative.org](http://www.nanseninitiative.org)

## DNR INTERN

## Generationengerechtigkeit

## Vernetzung geht weiter

■ Das Projekt Generationengerechtigkeit des DNR setzt die Verflechtung von Umwelt- und Sozialakteuren fort. Auf einer Diskussions- und Informationsveranstaltung Anfang Juni wurden der Stand des Projekts und ein Ausblick auf künftige Aktivitäten vermittelt. Dabei ging es um Fragen wie: Wo wurden bereits Brücken zwischen Aktiven im Umweltschutz und sozialen Organisationen geschlagen? Wie können erste Vernetzungen weiter gefördert und ausgebaut werden? Außerdem stand das Forschungsprojekt „Verbände und Transformation“ auf dem Programm. Der geschäftsführende Vorstand und Fachgebietsleiter für Umweltrecht & Partizipation des Unabhängigen Instituts für Umweltforschung (UfU) Michael Zschiesche beleuchtete die Frage, welche Rolle Umweltverbände bei der „Großen Transformation“ einnehmen und welches Potenzial verstärkte Kooperationen zwischen Umwelt- und Sozialakteuren bieten. [mbu]

- [www.dnr.de/projekte/generationen--gerechtigkeit](http://www.dnr.de/projekte/generationen--gerechtigkeit)

## AUS DEN VERBÄNDEN

## Portraitserie

## Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

### Bund deutscher Landschaftsarchitekten (bdla)

■ Der 1913 als Bund Deutscher Gartenarchitekten gegründete Verein wurde 1972 in Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) umbenannt. Der bdla dient als Organ für die rund 1.300 Mitglieder, darunter beamtete, selbstständige und angestellte Landschaftsarchitekten. Der Verein legt viel Wert auf Interessenvertretung auf verschiedenen Ebenen und auf die Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehören unter anderem Fach- und Fortbildungsveranstaltungen, zum Beispiel im Bereich Planung und Gestaltung. Mitglieder können außerdem auf Beratungs- und Informationsangebote zurückgreifen. In den 13 Landesgruppen steht dagegen der Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern an erster Stelle.

Darüber hinaus schreibt der bdla alle zwei Jahre den Deutschen Landschaftsarchitektur-Preis aus. Des Weiteren hat der Verband mit dem neuen Onlineportal [www.landschaftsarchitektur-heute.de](http://www.landschaftsarchitektur-heute.de) eine umfangreiche Planer- und Projektdatenbank geschaffen. [hk]

- Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla), Ingeborg Paland, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 278715-0, Fax -55, E-Mail: [info@bdla.de](mailto:info@bdla.de), [www.bdla.de](http://www.bdla.de)

### Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

■ Seit seiner Gründung 1975 hat sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit 16 Landesverbänden, 2.200 BUND-Gruppen, einem eigenen Jugendverband und mehreren Arbeitskreisen zu einem der größten Naturschutzverbände Deutschlands entwickelt. Entsprechend der Größe sind die Themen sehr vielfältig und reichen von ökologischer Landwirtschaft, dem Ausbau der erneuerbaren Energien bis hin zum Wasser und Artenschutz. Darüber hinaus gibt es verschiedenste Projekte und Aktionen wie „Wildkatzensprung“ oder „Abenteuer Faltertage“. Der BUND ist nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch international aktiv. Des Weiteren ist der Verband Mitglied bei Friends of the Earth, dem weltweit größten Umweltnetzwerk. Wer Teil des

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## B wie Bergbau – und dann?

Bergbauregionen überall in Mitteleuropa sind auf der Suche nach neuen Perspektiven. Sie setzen auf Tourismus, regenerative Energiegewinnung oder auf ihr reichhaltiges kulturelles Erbe. Trotz vielfältiger Herausforderungen ist die nachhaltige Entwicklung ehemaliger Bergbaugebiete ein ebenso lohnenswertes wie aussichtsreiches Unterfangen. Eine Vielzahl von Fallstudien bietet reichlich praktisches Anschauungsmaterial für regionale Akteure und Politik.

P. Wirth, B. Černič Mali, W. Fischer  
**Post-Mining Regions in Central Europe**  
 Problems, Potentials, Possibilities

272 Seiten, in englischer Sprache, broschiert, 29,95 Euro,  
 ISBN 978-3-86581-294-0

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft



über 460.000 mitgliederstarken Verbands werden will, erhält zudem regelmäßig das BUNDmagazin, Verbrauchertipps und unterschiedliche Vergünstigungen. [hk]

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Carsten Fritsch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-40, Fax -440, E-Mail: info@bund.net, www.bund.net

### Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt)

■ 1922 als Bund gegen die Vivisektion und ab 1952 als neu gegründeter Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt) setzt sich die Organisation tagtäglich im In- und Ausland für den Tierschutz ein. Zum bmt gehören bundesweit neben elf Geschäftsstellen, acht Tierheimen und einem Tierschutzzentrum insgesamt rund 15.000 Mitglieder. Der bmt versucht mit Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Weniger Tierversuche und das Abschaffen der Jagd gehören beispielsweise zu den Zielen des Vereins. Zusammen mit anderen Organisationen unterstützt der bmt verschiedenste Kampagnen, darunter „Welpen sind keine Ware“. Zu den Erfolgen gehört beispielsweise auch, dass der bmt zur verbesserten Rechtsstellung des Tieres im bürgerlichen Gesetzbuch beigetragen hat. Weitere Mitglieder sind jederzeit herzlich willkommen und erhalten viermal pro Jahr das Magazin „Das Recht der Tiere“. [hk]

- Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt), München, Tel. +49 (0)89 / 383952-0, Claudia Lotz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 805833-38, Fax -39, E-Mail: claudia.lotz@bmt-tierschutz.de, www.bmt-tierschutz.de

### Jubiläum Europarc

## 40 Jahre im Dienst der Natur

■ Gemeinsam das Naturerbe zu schützen, war die Hauptmotivation der Akteurinnen und Akteure, die im Mai 1973 das erste Schutzgebietsnetzwerk Europas gegründet haben, das heutige Bündnis Europarc.

Inspiziert von der Stockholmer UN-Deklaration, in der das Recht aller Menschen

auf eine gesunde Umwelt festgeschrieben worden war, beschlossen die Gründungsmitglieder, sich für die Bewahrung der Naturschätze und deren nachhaltiges Management einzusetzen. Kooperationen und eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit standen dabei im Vordergrund.

Schwerpunkte der Arbeit von Europarc sind internationale Zusammenarbeit und Austausch. Dass diese Früchte trug, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass Europarc inzwischen mehr als 400 Mitgliedsorganisationen aus 36 Ländern, auch Deutschland, angehören. Beispiele für die erfolgreiche Arbeit von Europarc sind unter anderem die „Europäische Charta für Nachhaltigen Tourismus in Schutzgebieten“ oder das Junior Ranger Programm, das junge Menschen für die Arbeit in Schutzgebieten sensibilisieren will. [mbu]

- www.europarc.org
- www.europarc-deutschland.de

## EHRENAMT

### Berliner Stiftungswoche 2013

## Schwerpunkt Europa

■ Vom 4. bis 14. Juni findet die 4. Berliner Stiftungswoche statt. Über einhundert Stiftungen nehmen teil und präsentieren mehr als 100 Veranstaltungen, 20 Ausstellungen und 80 Projekte. Die Veranstaltungsformen reichen von Diskussionen und Workshops über Tage der offenen Tür bis hin zu Lesungen und Konzerten. Das Thema der Stiftungswoche lautet in diesem Jahr: „Europa sind WIR! ... und nun?“ Stiftungen können ihr vielfältiges Engagement für Europa, aber auch die alltägliche europäische Dimension in Berliner Projekten präsentieren. Denn Europa ist überall. Neben den politischen und ökonomischen Aspekten sind es auch soziale und ökologische Projekte, die Europa für die Öffentlichkeit erfahrbar machen. [mbu]

- www.berlinerstiftungswoche.eu

## PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

### Auszeichnung

## UfU doppelt vorbildlich

■ Die deutsche Unesco-Kommission hat im Mai die Projekte „Junge Reporter für die Umwelt“ und „Lehrerbildung EE“ des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU) als Projekte der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Die Auszeichnung erhalten Initiativen, die das Anliegen dieser weltweiten Bildungsoffensive der Vereinten Nationen vorbildlich umsetzen: Sie vermitteln Kindern und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln.

„Junge Reporter für die Umwelt“ unterstützt Jugendliche mit Schreibwettbewerben und Workshops dabei, über Umweltthemen in ihren Schülerzeitungen, aber auch in lokalen Medien zu berichten. Mit „Lehrerbildung EE!“ bietet das UfU den Studienseminaren für Lehrerbildung bundesweit kostenlose Fachseminare zu erneuerbaren Energien an.

„Die Projekte zeigen eindrucksvoll, wie zukunftsfähige Bildung aussehen kann. Das Votum der Jury würdigt die Projekte, weil sie verständlich vermitteln, wie Menschen nachhaltig handeln“, sagte Gerhard de Haan, Vorsitzender des Nationalkomitees und der Jury der UN-Dekade in Deutschland.

Die deutsche Unesco-Kommission hat in Deutschland bereits über 1.700 Projekte ausgezeichnet: In Schülerfirmen lernen Kinder, ökonomisch sinnvoll sowie umweltverträglich und sozial gerecht zu handeln. Kindergärten und Schulen richten ihr Konzept an den Prinzipien der Bildung für nachhaltige Entwicklung aus, bauen Solaranlagen oder engagieren sich für fairen Handel. Außerschulische Träger organisieren Bildungsangebote rund um das Thema nachhaltige Entwicklung. [mbu]

- Ufu, Berlin, Florian Kliche, Tel. +49 (0)30 / 428499-326, E-Mail: florian.kliche@ufu.de, www.ufu.de
- www.junge-reporter.de
- www.ufu.de/lehrerbildung

## TERMINE

## JUNI

04.-07.06., Brüssel (BE)  
**Green Week 2013**  
 „Cleaner air for all“.  
 Konferenz  
 ► greenweek2013.eu

05.06., Berlin (D)

#### 4. Alternativer Energiegipfel – Die Energiewende sozial gestalten. Tagung

► klima-allianz Deutschland, Geschäftsstelle, Tel. +49 (0)30 / 6781775-77, E-Mail: info@klima-allianz.de, www.klima-allianz.de/2013energiegipfel

05.06., Berlin (D)

#### „Ökoinnovationen systemisch stärken“ Chancen durch den EU-Aktionsplan Ökoinnovation und seine Umsetzung in Deutschland.

Fachveranstaltung mit Workshop

► Bundesumweltministerium, Umweltbundesamt, TAURUS ECO Consulting GmbH, Nicole Thien, Tel. +49 (0)651 / 201-4012, E-Mail: nicole.thien@taurus-eco.de, www.taurus-eco.de/index.php/de/oeko-innovationen

06.-07.06., Dessau-Roßlau (D)

#### Beteiligungsprozesse – unterschätztes Potenzial in der Verkehrsplanung. Tagung

► Umweltbundesamt (UBA), Difu, Deutscher Städtetag (DST), Dipl.-Ing. Simone Harms, Tel. +49 (0)30 / 39001-132, E-Mail: harms@difu.de, www.kurzlink.de/ft-verkehrsplanung

08.06., Würzburg (D)

#### Spontan reagieren! Improvisationsworkshop für politisch Engagierte

► Petra-Kelly-Stiftung, Gerd Rudel, Tel. +49 (0)89 / 242267-30, E-Mail: rudel@petra-kelly-stiftung.de, www.petrakellystiftung.de/nc/programm/themen/select\_category/8.html

10.-11.06.2013, Stein bei Nürnberg (D)

#### B.A.U.M. – Jahrestagung und Preisverleihung 2013

► B.A.U.M. – Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewusstes Management, Simone Frey, Tel. +49 (0)40 / 4907-1106, E-Mail: simone.frey@baumev.de, www.baumev.de/default.asp?Menu=228

11.-14.06.2013, Wien (AT)

#### Velo-city 2013. Konferenz

► Stadt Wien, European Cyclists Federation, Tatijan Vukasinovic, Tel. +43 / 14000-88770, E-Mail: info@velo-city2013.com, www.velo-city2013.com

12.-14.06.2013, Rehburg-Loccum (D)

#### GAP-Reform und ländlicher Raum Loccumer Landwirtschaftstagung

► Evangelische Akademie Loccum, Dr. Joachim Lange, Tel. +49 (0)5766 / 81-241, E-Mail: Joachim.Lange@evlka.de, www.loccum.de/programm/p1306.html

15.06., Deutschland und Nachbarländer

#### 15. GEO-Tag der Artenvielfalt

► GEO, Heinz Sielmann Stiftung u.a., Tom Müller, Tel. +49 (0)40 / 3703-2732, E-Mail: mueller.tom@geo.de, www.geo.de/GEO/natur/oekologie/tag\_der\_artenvielfalt

15.06., Oberschleißheim (D)

#### Politik von Mensch zu Mensch. Ein Infostandtraining

► Petra-Kelly-Stiftung, Gerd Rudel, Tel. +49 (0)89 / 242267-30, Fax -47, E-Mail: rudel@petra-kelly-stiftung.de, www.petrakellystiftung.de/nc/programm/themen/select\_category/8.html

20.-21.06., Berlin (D)

#### Städtische Mobilitätsstrategien 2030/2050, Transformation des Verkehrssystems zu mehr Nachhaltigkeit. Seminar

► Difu, Sylvia Bertz, Tel. +49 (0)30 / 39001-258, E-Mail: bertz@difu.de, www.kurzlink.de/ft-mobilstrategien

21.-23.06., Schwerte (D)

#### Die Erde ist des Herrn - Die Kontroverse um Biopatente und Ernährungssicherung. Tagung

► Institut für Kirche und Gesellschaft der Ev. Kirche von Westfalen, EKD-Kammer für nachhaltige Entwicklung, Dr. Gudrun Kordecki, Tel. +49 (0)2304 / 755-330, E-Mail: gudrun.kordecki@kirchen-gesellschaft.de, www.kurzlink.de/ekd-ft-biopatente

27.-28.06., Ulm (D)

#### 7. EUROSOLAR-Konferenz „Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien“

► EUROSOLAR e.V., SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, Philipp Hawlitzky, Tel. +49 (0)228 / 2891448, E-Mail: Stadtwerke@eurosolar.de, www.stadtwerke-konferenz.eurosolar.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36  
 Weitere Termine: www.dnr.de/termine

## Impressum

umwelt aktuell Juni 2013  
 ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Fabian Carels [fc], Hannah Klocke [hk], Elena Schäg [es], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** DLR (Titel), ©European Parliament/Pietro Naj-Oleari (S. 19). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

**Anzeigen:** oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de  
 Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.





Real World Learning Network

## Draußenlernen für Nachhaltigkeit

Der Wert der originalen Begegnung kann in Zeiten von virtuellen Welten und Verstädterung gar nicht hoch genug geschätzt werden: Wie können sich verschiedene Ansätze des Draußenlernens wie Naturerfahrung, Wildnis- und Erlebnispädagogik gut mit BNE verbinden? Die ANU sucht im Rahmen des Real World Learning-Netzwerks nach Antworten.

□ Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Bundesverband ist der deutsche Partner im EU-Comenius-Projekt Real World Learning Network (RWL), einem entstehenden Netzwerk aus außerschulischen Bildungsanbietern, LehrerInnen und weiteren Bildungsakteuren in Europa. Das Netzwerk möchte „Outdoor Educators“, Anbieter des Draußenlernens, fördern und LehrerInnen motivieren, das Klassenzimmer zu verlassen, um direktes Lernen von und mit der Umwelt zu ermöglichen. Außerdem werden dafür im Projekt Qualitätskriterien herausgearbeitet und die Kompetenzen ermittelt, die durch die erfahrbare Begegnung besonders gestärkt werden.

### Originale Lernorte – echtes Wissen

Primärerfahrungen für Kinder und Jugendliche in Natur und Umwelt sind vielerorts selten geworden. Dabei eröffnet die unmittelbare Auseinandersetzung mit einem Studiengegenstand in seiner authentischen Umgebung emotionale Zugänge, die Wahrnehmungsvermögen und multisensorischen Erkenntnisgewinn fördern. Lernstoff wird leichter verstanden und langfristiger behalten, wenn SchülerInnen persönliche Erfahrungen einbringen und individuelle Zugänge zum Thema entwickeln können. Lernsituationen in der realen Welt bieten ein anderes Gruppenerlebnis als im Klassenraum, neue soziale Erfahrungen werden begünstigt und manche Talente neu entdeckt. Die Motivation, sich Wissen anzueignen wird gesteigert, weil die gewonnenen Erkenntnisse im Alltag anwendbar sind. Vor allem regelmäßige Bildungsaktivitäten über einen längeren Zeitraum hinweg erhöhen den Lernerfolg. Nicht zuletzt können außerschulische Lernorte wie Firmen und Be-

triebe die Berufsorientierung unterstützen. Für RWL können das intakte Natur- und Großschutzgebiete oder Kulturlandschaften sein, Natur- und Umweltzentren oder Lernbauernhöfe, alternative Kommune- oder soziale Stadtteilprojekte, erfindungsreiche Großunternehmen oder kleine Einwelt-Läden und Schülerfirmen – Orte, die dazu anregen, das Spannungsfeld zwischen Bewahren und Verändern ganzheitlich zu erfahren.

### THEMENHEFT: REAL WORLD LEARNING NETWORK

### Fachwissenwerb für den Alltag

Real World Learning erarbeitet dazu einen Katalog von Qualifikationen, die durch das Draußenlernen besonders gefördert werden und nachhaltiges Verhalten im Alltag unterstützen. Im Projekt werden Kompetenzlisten und Modelle aus den Partnerländern und internationalen Netzwerken verglichen, so z.B. die OECD-Schlüsselkompetenzen, UNECE-Kompetenzen für BNE, das Scuola 21-Kompetenzmodell aus Italien, die Expertisen des Globalen Lernens und die Gestaltungskompetenz aus Deutschland.

Auf der ersten internationalen RWL-Konferenz im Januar 2013 im tschechischen Umweltzentrum Sluňákov haben „Outdoor Educators“ und LehrerInnen die aus ihrer Sicht wichtigen Qualifikationen zusammengetragen. Kompetenzen sind im RWL-Projekt definiert als ein Konglomerat aus Werten (Values), Wissen (Knowledge) und Fertigkeiten (Skills). Der Tagungs-Workshop „Our Common Cause“ (Unsere gemeinsame Sache) brachte ein bezeich-

nendes Ergebnis: Wir schätzen persönlich vor allem die Werte, die im Widerspruch zu den Werten unseres Wirtschaftssystems stehen, dem wir besonders im Berufsleben unterworfen sind. Kompetenzstärkung für nachhaltiges Verhalten im Berufsleben und im Alltag ist daher ein wesentliches Anliegen von RWL. Aus dem Pool von Kenntnissen sollen am Ende die europäischen RWL-Kompetenzen hervorgehen, die die originale Begegnung so besonders oder vielleicht sogar einzigartig machen.

### Wie lässt sich Lernen messen?

Ein zweiter zentraler Baustein ist es, den Lernerfolg durch das Draußenlernen zu bewerten. Hierzu werden verschiedene Qualitätskriterien- und Zertifizierungsmodelle in Europa verglichen, etwa die Qualitätskriterien aus Arbeitsgruppen der BNE-Dekade, der Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof (BAGLoB), aus der Waldpädagogik und dem internationalen Netzwerk ENSI (Environment and Schools Initiatives) sowie des britischen Partners Council for Learning Outside the Classroom (CLOtC). Die britische Organisation bietet ein differenziertes, mehrstufiges Zertifizierungssystem für außerschulische Lernorte, Schulen und Bildungsangebote, das allen Beteiligten gute und schnelle Orientierung ermöglicht.

Der ANU Bundesverband leitet im Projekt die Arbeitsgruppe zu Qualitätskriterien und lädt Interessierte ein, sich beispielsweise bei der nächsten RWL-Konferenz in das Projekt und in das internationale Netzwerk einzubringen.

Angelika Schichtel,  
RWL-Projekt Deutschland

- ▷ [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)
- ▷ [www.rwl-network.org](http://www.rwl-network.org)

## BLICKPUNKT

### Europaweit draußen lernen

Das Real World Learning Network verbindet Umweltbildungsakteure in ganz Europa

Wie lernen wir unsere Umwelt kennen? Können wir bessere Lernmethoden entwickeln? Wie kann uns die Wissenschaft helfen, Verhaltensmuster hin zu mehr Nachhaltigkeit zu verändern?

Das sind nur einige der Fragen, mit denen sich das Real World Learning (RWL) Network beschäftigt. Das Netzwerk wurde von sieben Partnern gegründet und ist inzwischen auf 20 Mitglieder angewachsen. Europaweit vernetzt es Bildungsakteure des Draußenlernens mit dem Ziel, erfolgreiche Methoden und beispielhafte Projekte der Outdoor-Bildung im Bereich nachhaltiger Entwicklung zu untersuchen und für andere zugänglich zu machen. Außerschulische Lernorte bieten hervorragende Möglichkeiten, junge Menschen für ihre Umwelt zu interessieren. Ursprüngliche Natur- oder Kulturorte bieten ein anregendes Umfeld zur Erforschung der Frage, wie wir alle zu einer nachhaltigeren Gegenwart und Zukunft beitragen können.

#### Europaweit vernetzt

Aktuelle Themen der nachhaltigen Entwicklung wie Klimawandel, Verlust der Biodiversität, erneuerbare Energien und „grüne Berufe“ finden in der Öffentlichkeit mehr und mehr Beachtung – allerdings nicht genug, um die enormen Umweltprobleme in den Griff zu bekommen.

Deswegen ist es notwendig, neue Methoden und best-practice-Beispiele der Nachhaltigkeitsbildung möglichst vielen MultiplikatorInnen zugänglich zu machen. Das Netzwerk sieht es als seine Aufgabe, Bildungsanbieter überall in Europa zusammen zu bringen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen im Bereich BNE zu sammeln und gemeinsam weiter zu entwickeln, um das Lernen im Klassenzimmer mit Lernerfahrungen in der realen Welt zu ergänzen.

#### Lernen in der echten Welt

Der grundlegende Ansatz ist dabei das Lernen in der realen Welt. Das Konzept beschreibt eine didaktische Methode, bei der an außerschulischen Lernorten Themen der nachhaltigen Entwicklung in Bezug zum Verhalten der Menschen gesetzt werden um letztlich verantwortungsvolles bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Die Rückmeldungen der Netzwerkpartner lassen darauf schließen, dass das Lernen durch eigene Erfahrung außerhalb der Schulen bereits immer mehr an Bedeutung gewinnt. Dennoch gibt es noch immer ein großes ungenutztes Potential an Möglichkeiten, wie SchülerInnen durch das Draußenlernen nachhaltige Entwicklung mitgestalten können.

Da die Wissenschaft immer weniger mit der real erfahrbaren Umwelt der Menschen verknüpft zu sein scheint, wirken Themen wie der Klimawandel oder der Verlust der Biodiversität oft nur wie ein weiteres abstraktes Lernfeld, das nichts mit ganzheitlichem Lernen zu tun und keinen Bezug zum Lebensstil der SchülerInnen hat. Didaktische Ansätze, die nur für den Klassenraum konzipiert werden, konzentrieren sich zu stark auf reines Fachwissen. Eine Lernmethode, die sich allein auf die Anhäufung von Wissen beschränkt, kann kaum rasche Änderungen in Gedanken oder Verhalten erzielen. Oft kann sie sogar einen gegenteiligen Effekt bewirken.

#### Große Unterschiede in Europa

Eine vom Real World Learning Netzwerk durchgeführte Untersuchung ergab, dass es 2012 in Großbritannien und Deutschland bereits eine Vielzahl an Möglichkeiten zur Outdoor-Bildung gab. Dagegen sind die Angebote in Slovenien, Tschechien und Ungarn noch stark ausbaufähig; und in Italien bis dato praktisch nicht vorhanden.

Die Bildungsakteure sind sich einig, dass dem Draußenlernen in der Bildung für nachhaltige Entwicklung eine tragende Rolle zukommt. Den Lern- und Lehrmethoden fehlt es allerdings noch an einer wissenschaftlichen Grundlage für eine effektive Untermauerung der Nachhaltigkeit.

#### Vier Arbeitsgruppen

Herzstück des Netzwerkes sind seine vier Arbeitsgruppen. Sie beschäftigen sich mit verschiedenen Herangehensweisen an RWL in Europa. Sie evaluieren zum Beispiel, ob, wie und warum Methoden funktionieren und wie sie für andere Bildungsanbieter nutzbar gemacht werden können. Das Netzwerk konzentriert sich vor allem auf die Frage, was das Erfahrungslernen zur Nachhaltigkeit beitragen kann.

Die Netzwerkpartner haben zentrale Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung wie den Klimawandel ausgewählt, um daran zu untersuchen, welches Wissen zum Verständnis notwendig und welche Lernmethode geeignet ist. Fachwissen wird durch die für die Transformation notwendigen Kompetenzen ergänzt, außerdem wird derzeit an der Entwicklung eines kompletten Kompetenzmodells gearbeitet.

#### RWLN-Konferenz im November

Im November 2013 findet die zweite europaweite RWLN-Konferenz in Slovenien statt. Der Schwerpunkt des Treffens der europäischen Partnerorganisationen wird auf pädagogischen Methoden des Erfahrungslernens und der Evaluation liegen.

**Richard Dawson**  
arbeitet für die Umweltbildungs-NGO Field Studies Council in Großbritannien und leitet das Projekt Real World Learning Network

#### Anmerkungen und weiterführende Links

- ▷ [www.rwlnetwork.org](http://www.rwlnetwork.org)
- ▷ [www.ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/index_de.htm)
- ▷ [www.ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/comenius\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/comenius_de.htm)
- ▷ Das Projekt „Real World Learning Network“ wird mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die EU-Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

**SCHWERPUNKT:  
DIE REAL WORLD LEARNING  
NETZWERKPARTNER**

### Großbritannien I

## Field Studies Council

□ Der 1943 gegründete Field Studies Council (FSC) ist die führende Nichtregierungsorganisation im Bereich Umweltbildung in Großbritannien. Landesweit führt er 17 Umweltbildungseinrichtungen, in denen unter anderem Veranstaltungen für jährlich rund 100.000 TeilnehmerInnen stattfinden. Das Angebot richtet sich in erster Linie an SchülerInnen und StudentInnen, umfasst aber auch Weiterbildungsmaßnahmen für MultiplikatorInnen in der schulischen und außerschulischen (Umwelt-)Bildung.

▷ [www.field-studies-council.org](http://www.field-studies-council.org)

### Großbritannien II

## Council for Learning Outside the Classroom

□ Der Council for Learning Outside the Classroom (CLOtC) ermutigt junge Menschen zum Draußenlernen. Schließlich könne man Studien zufolge in der realen Welt am besten lernen. Eine zentrale Forderung des Council ist daher: Jedes Kind sollte regelmäßig Gelegenheit haben, Wissen außerhalb des Klassenzimmers zu erwerben. CLOtC will mehr Kindern die notwendigen Orte, Materialien und best-practice-Beispiele zugänglich machen.

▷ [www.lotc.org.uk](http://www.lotc.org.uk)

### Tschechien

## Sluňákov

□ Das tschechische Sluňákov Centre for Environmental Activities of Olomouc City hat sich zum Ziel gesetzt, BürgerInnen

über Umwelt und ökologische Prozesse zu informieren und das Umweltbewusstsein zu steigern. Seit 2006 bietet das Zentrum neben Umweltbildungsmaterialien auch -veranstaltungen für SchülerInnen und Studierende an, ebenso finden hier Fortbildungen für LehrerInnen statt.

▷ [www.slunakov.cz](http://www.slunakov.cz)

### Slowenien

## Centre for School and Outdoor Education

□ Das 1992 gegründete Centre for School and Outdoor Education (CSOE) ist eine gemeinnützige Organisation, die aktuell 272 Mitarbeiter beschäftigt. Neben der Landesgeschäftsstelle arbeiten die Mitarbeiter über das Land verteilt in 14 Kitas und 23 Bildungseinrichtungen mit Übernachtungsmöglichkeit. Das CSOE ist eine anerkannte öffentliche Einrichtung mit einem breiten Umweltbildungsangebot. 85 Prozent der Besucher sind Klassen der Grund- und weiterführenden Schulen. Die Umweltbildungsarbeit des CSOE wird vom slowenischen Bildungs- und Sportministerium finanziert. Außerdem sind die slowenischen Einrichtungen Teil des European Institute for Outdoor Education (EOE).

▷ [www.csod.si](http://www.csod.si)

### Italien

## CREDA Onlus

□ CREDA Onlus ist eine gemeinnützige Organisation, die 1987 von WWF, Agesci (Association of Italian Guides and Scouts) sowie den Umwelt-NGOs Italia Nostra und Legambiente gegründet wurde. Die Organisation führt Forschungsprojekte, Weiterbildungen, Veranstaltungen zu Bildung und Kommunikation im Umweltbereich sowie zur Nachhaltigkeit im ländlichen Raum durch. Zielgruppe sind Institutionen, Organisationen sowie öffentliche

und private Einrichtungen. Als Mitglied des nationalen und regionalen Umweltbildungsnetzwerks INFEA (Information, Training, Environmental Education), das vom Umweltministerium der Lombardei unterstützt und koordiniert wird, arbeitet CREDA Onlus eng mit anderen Einrichtungen, Umweltlaboren sowie öffentlichen und privaten Unternehmen zusammen.

▷ [www.creda.it](http://www.creda.it)

### Ungarn

## Hungarian Society for Environmental Education

□ Die Ungarische Gesellschaft für Umweltbildung (HSEE) wurde 1992 von 53 engagierten UmweltpädagogInnen gegründet und hat heute beinahe 1.000 Mitglieder. Die meisten sind Pädagogen, von jungen Erwachsenen bis zu Akademikern im Ruhestand. Zwei Drittel von ihnen leben auf dem Land. Das HSEE hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Bewusstsein für und das Wissen über Umweltfragen zu stärken und die Themen der BNE in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Außerdem entwirft und organisiert das HSEE Materialien und Fortbildungen für BNE-MultiplikatorInnen.

▷ [www.mkne.hu](http://www.mkne.hu)

**AUS ANU UND UMWELTZENTREN**

### Save our future

## BNE-Zertifizierung und Qualitätsentwicklung

□ Im April 2013 fand ein Workshop für Hamburger Bildungsakteure statt, die an einer Qualitätsentwicklung und Zertifizierung von BNE in der außerschulischen Bildung interessiert sind. Die TeilnehmerInnen setzten sich mit dem in den Ländern der Norddeutschen Partnerschaft zur

Unterstützung der UN-Dekade Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2005-2014 (NUN) entwickelten Qualitätsrahmen auseinander und diskutierten mögliche Unterstützungsangebote. Ziel des Zertifizierungsverfahrens der NUN ist es, BNE in der außerschulischen Bildung zu stärken. Bei der Umsetzung in Hamburg soll der Schwerpunkt auf dem Qualitätsentwicklungsprozess und der Unterstützung der Bildungsakteure liegen. Anträge auf Zertifizierung als Bildungspartner oder -zentrum für Nachhaltigkeit können bis zum 15. Februar 2014 eingereicht werden. Die Umsetzung des Qualitätsentwicklungsprozesses und die Einführung des Zertifizierungsverfahrens erfolgen durch die Save Our Future-Umweltstiftung in Kooperation mit der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

▷ [www.save-our-future.de](http://www.save-our-future.de)

## BINU

### Naturwissenschaftliche Bildung in Hamburg

□ Seit über anderthalb Jahren vermittelt das Trainerteam der Hamburger Bildungswerkstatt für Natur und Umwelt (BINU) Methodenwerkzeuge, wie Naturwissen an Kinder und Erwachsene weitergegeben werden kann. Entsprechend dem Ansatz des forschenden Lernens geht es der BINU vor allem um ganzheitliche Projektarbeit und inspirierende Bildungsprojekte.

Das anerkannte Weiterbildungsangebot der BINU ist inzwischen in den Maßnahmenkatalog des Nationalen Aktionsplans der UN-Dekade Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und in den Hamburger Aktionsplan „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ aufgenommen worden. Die Bildungswerkstatt für Natur und Umwelt arbeitet nach dem Qualitätsstandard 2013 der staatlich anerkannten Weiterbildungseinrichtungen und ist Kooperationspartner der ANU Hamburg.

▷ [www.natur-schafft-wissen.de](http://www.natur-schafft-wissen.de)

## Schulen machen Wissenschaft

### Wissen leben

□ Einen eigenen Schulgarten haben die SchülerInnen der Christian-Morgenstern-Volksschule in Herrsching angelegt. Zu finden sind dort Gehölzpflanzen aus dem Blühprogramm der Humboldt-Universität, Meisenkästen und vieles mehr. Damit hat das deutschlandweite Projekt „Schulen machen Wissenschaft“ offiziell begonnen, das von der Biologin Dr. Maiken Winter in Kooperation mit der Humboldt-Universität Berlin ins Leben gerufen wurde. Die SchülerInnen untersuchen, wie sich ihr Garten im Laufe der Jahreszeiten verändert. Gibt es zum Beispiel Unterschiede zum weit entfernten Hamburg? Das langfristig angelegte Schulprojekt will somit SchülerInnen für die Natur und wissenschaftliches Arbeiten begeistern und sie motivieren, sich für den Erhalt der natürlichen Umwelt einzusetzen. Ein solches „Citizen Science“-Projekt ermöglicht es, weit verstreute Gebiete gleichzeitig zu erfassen, und so ein besseres Verständnis dafür zu erhalten, welche großflächigen Veränderungen zwischen verschiedenen Teilen des Ökosystems durch den Klimawandel stattfinden.

▷ [www.wissenleben.de](http://www.wissenleben.de)

### WISSENSWERT

## Studium in Österreich

### Umweltbildung (BED)

□ Im Wintersemester 2013/2014 geht der in Österreich der einmalige Studiengang „Umweltpädagogik“ an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien in die sechste Runde. Er bietet die Möglichkeit, grundlegende pädagogische, didaktische, fachliche und persönliche Schlüsselkompetenzen auf fundierter wissenschaftlicher Grundlage zu erwerben. Themen wie lokale und regionale Nachhaltigkeit, der Umgang mit Naturräumen, Klimaschutz und Energieeffizienz stehen genauso auf dem Programm wie allgemei-

ne Bildungswissenschaften, Umweltpädagogik, Persönlichkeitsbildung sowie Projekt- und Prozessmanagement. Mehrwöchige Praktika in Schulen und beratenden Organisationen bringen Praxisnähe und Verbindung zu potenziellen Berufsfeldern. Der Studiengang steht AbsolventInnen von berufsbildenden höheren Schulen, höheren Land- und Forstwirtschaftlichen Schulen sowie AbsolventInnen von einschlägigen Universitäten offen. Für die Aufnahme sind ein Orientierungsworkshop und ein Aufnahmegespräch verpflichtend. AbsolventInnen erhalten einen Bachelor of Education (BED). Eine Voranmeldung zum Studiengang Umweltpädagogik ist noch bis 5. September 2013 online möglich.

▷ [www.agrarumweltpaedagogik.ac.at](http://www.agrarumweltpaedagogik.ac.at)

### UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

9.06-14.06.13, Ostritz

„Aktuelle Trends und Entwicklungen in der Umweltkommunikation“. 19. Internationale DBU-Sommerakademie mit hochrangig besetzten Vorträgen, Expertengesprächen, Arbeitskreisen und Exkursionen.

▷ [www.dbu.de](http://www.dbu.de)

### Impressum

## ökopädNEWS

### Herausgeber



### Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), [oeuropaednews@anu.de](mailto:oeuropaednews@anu.de);  
Olaf Rother, [rother@anu.de](mailto:rother@anu.de)  
ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,  
Kasselerstr. 1, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49(0)69/716 73329 - 41, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](http://bundesverband@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)